

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Zwei Zeitungsblätter und in allen Provinzen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Post 2,50 M., halbjährlich 12,25 M., durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden - A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 694. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden - A. Osterbahnpostf. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckerei: Arbeiter Illustrierte Dresden / Streckstunden der Redaktion: Mittwoch 16 - 18 Uhr, Sonnabende 13 - 14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 16 August 1928 Nummer 191

## Kein Austritt aus der Koalition!

Der Parteivorstand „bedauert“ — „Linke“ Führeropposition nicht gegen Koalitionspolitik — Künstler verzichtet auf Austrittsforderung — Die Bourgeoisepresse lobt die „Dresdner Volkszeitung“

Dg. Dresden, 16. August.  
Der sozialdemokratische Parteivorstand und der Vorstand der SPD-Reichstagsfraktion haben gestern nachmittags in geheimer Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:  
„Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bedauern lebhaft, daß die sozialdemokratischen Minister nicht die Möglichkeit gefunden haben, in der Kabinettsitzung durch Abstimmung klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie — in Übereinstimmung mit der gesamten Partei — entschieden Gegner des Baues des Panzerkreuzers A sind, sich vielmehr auf formelle Rechtsargumente gestützt haben.“  
Es wurde weiter beschlossen die Reichstagsfraktion und den Parteiausschuß zu Sonnabend nach Berlin einzuberufen. In der Sitzung am Sonnabend soll neben der Panzerkreuzerangelegenheit auch die schwebende Frage der Krisenlösung besprochen werden.  
Diese Stellungnahme zeigt zunächst die Verwirrung, die der Druck der empörten Massen in den Reihen der SPD-Führer erzeugt hat. Aber auch hier zeigen sich die „Linken“ als die gefährlichsten Hemmschuh der revolutionären Entwicklung. Der Protest der SPD-Arbeiter wird umgebogen und der Versuch gemacht, die schamlose Offenherzigkeit der SPD-Minister, die durchaus der Gesamtlinie des republikanischen Koalitions-Nationalismus entspricht, als Regierfehler darzustellen. Wären die Minister vorher mit der Fraktion zusammengekommen, so hätte das Unheil vermieden werden können. . . . Dieser Tenor der Einschüchterungspolitik der sozialdemokratischen Oppositionspresse soll dazu dienen, den Mitgliedern die Zwangsläufigkeit einer solchen Handlungsweise durch die grundsätzliche „republikanische“ Staatsbejahung und die damit verbundene Koalitionspolitik zu verhüllen. Nicht überall gelingt das. Und so wird von Tag zu Tag der Ton etwas geändert, wobei natürlich die Linke dieselbe bleibt. Das zeigt charakteristisch der Beschluß des Leipziger SPD-Bezirksvorstandes.  
Dieser sah eine Entschliebung zur Panzerkreuzerfrage, die das Vorgehen der SPD-Minister verurteilt und die Zustimmung zu Flottenrüstungen mit den Grundlinien der Partei für unannehmbar erklärt. Die Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers sei die zwangsläufige Folge der gegenwärtigen (!) Regierungskoalition und stelle eine Verletzung des Willens der sozialdemokratischen Wähler dar. Die Partei könne die Verantwortung für eine solche Koalitionspolitik nicht tragen. Der Bezirksvorstand fordert deshalb den Austritt der sozialdemokratischen Minister aus der Regierung. Er fordert außerdem die sofortige Einberufung des Parteitag.

Wesentlich hierbei ist, daß neben der Erhebung der Forderung des Regierungsaustritts vor der Reichstagsaufrufung nur die gegenwärtige Koalition und deren Politik verurteilt wird. Damit wird erneut die grundsätzliche Billigung der Koalitionspolitik nur bestätigt. Daß die Linken um Arzt und Tony Sender bei der Billigungsformel für die Regierungsbildung gestimmt haben, wurde natürlich keiner Kritik unterzogen. Warum auch sollten sie das nicht. Grundsätzlich steht man eben nach wie vor auf dem Boden der Koalitionspolitik, und zwar — auf dem Sumpfboden der jetzigen „Großen Koalition“. Für diese unsere Behauptung liefert der „linke“ Berliner Künstler den Beweis, der zur Beruhigung der empörten Berliner Mitglieder auch einmal im Vorwärts einen Leitartikel schreiben darf. In diesem Artikel heißt Künstler jetzt, daß der Versuch, die Haltung der Reichsregierung und insbesondere die der sozialdemokratischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers zu rechtfertigen, nicht gelungen ist.  
Weiter bringt er ein typisches Betrugsmanöver der SPD aus Licht:  
Zur selben Zeit, da die SPD-Minister für den Bau des Kreuzers gestimmt haben, wurde den SPD-Referenten Material des Parteivorstandes ausgehändigt, in dem starke Worte gegen den Kreuzerbau für öffentliche Versammlungen zu finden sind.  
Nichts zeigt den doppelgesichtigen Januskopf der SPD augenfälliger als diese „geringfügige“ Talsache. Nichts charakterisiert aber auch die verdreherische Rolle der „linken Opposition“ der SPD-Führer treffender als diese Artikel Künstlers, denn — er vertritt nach all den harten Worten gegen die jetzt so offen zutage tretenden Auswirkungen der Koalitionspolitik mit dem Hinweis,  
daß bei der Zustimmung zu weiteren Kreuzerbauten nicht damit zu rechnen sei, daß die Mehrheit der SPD-Fraktion den Ministern (unter denen sich der Parteivorstand befindet!) Gefolgschaft leisten werde.  
Ders Künstler sagt damit nämlich, daß die Koalition bleiben kann und soll und daß nur durch ein besseres Zusammenarbeiten zwischen Ministern und Fraktion eine raffinierte an die Stelle der bisher plump-brutal arbeitenden Regie treten soll. Diesem Zweck dient der plötzlich so starke Oppositionsstorm im

Blätterwald der SPD, und kein anderes Ziel kennt diese Führer-„Opposition“ als die Verfassung und Entzückung der Empörung der Arbeitermassen, die durch die eskalierende brutale Kriegsjagd der SPD-Koalitionsminister zur Auseinandersetzung über die Koalitionspolitik und über die Stellung zum bürgerlichen Staat gezwungen worden sind. Diese Diskussion auf ein falsches Gleis zu schieben, auf das Gleis der „proletarischen Erneuerung“ der korrupten Partei, das ist das Ziel und die Aufgabe dieser „linken“ Führergarnitur. Und die Bourgeoisie lacht, sie kennt ihre Pappentelmer. Die schwarzweißen Dresdner Nachrichten registrieren ironisch in dem heutigen Artikel „Die Palastrevolution der Sozialdemokratie“ den Sturm im Blätterwald der SPD und dämpfen etwaige Beunruhigungen ihrer Leser mit den Hinweisen auf die trotz aller Opposition bereits „einseitige“ Dresdner Volkszeitung. Zur Aufhellung der Forderung des Austritts aus der Koalition schreibt das deutschnationale Blatt:  
„Man kann dabei in recht pikantes Weise beobachten, wie schwer es den einschlägigen Organen dieser Richtung wird, sich zwischen der Signa der Agitation vor den Wahlen und der Charakteris der politischen Notwendigkeit nach den Wahlen hindurchzuwinden.“  
Und dann lobt es das Blatt der „Linken“ um Edel, Wedel und Tony Sender:  
„Soviel Staatsräuben hat aber das Dresdner Organ doch im Verbe, daß es nicht verhehlt in das Horn der Ultras

läßt. Es erklärt vielmehr, daß es die Austrittsfrage zunächst langgestreckt sein lassen wolle.“  
Dieses Lob kennzeichnet die Opposition dieser Leute, die heute abend im „Trianon“ mit großer Geste vor ihre empörten Anhänger treten werden, um sie von dem endgültigen Bruch mit der Partei des Klassenverrats und des Sozialimperialismus abzuhalten. Die Kommunisten dürfen und werden nichts unversucht lassen, um dieses Spiel zu durchkreuzen. Gelingt es der kommunistischen Partei, den ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern die wahre Bedeutung der Panzerkreuzerbewilligung aufzuzeigen, ihnen klar zu machen, daß dies nur die logische Konsequenz aus der reformistischen Stellung zur bürgerlichen Republik, zur „Wirtschaftsdemokratie“, zur „Garnierung der Wirtschaft durch die Nationalisierung und zu all den Problemen des Tageskampfes ist und daß diese Diskussion enden muß in einem Bruch mit der Partei des Reformismus und in der Forderung des Anschlusses an die Front des revolutionären Klassenkampfes, an deren Spitze nach wie vor allein die kommunistische Partei stehen kann, dann wird dieser Panzerkreuzer A wie weiland der „Potemkin“ seine Kohre zur rechten Zeit mit sicherem Ziel richten können auf die, die ihn bauten, um ihn gegen die Arbeiterklasse zu führen. Die Mannschaft dieses „Potemkin“ steht schon auf dem Posten — die kommunistische Partei ist es, die ihren Klassengenossen im sozialdemokratischen Lager klar und deutlich die alte Lösung entgegenruft:  
Brüder, zu uns!

## Zur Tagung im Trianon

Einige Bemerkungen zur heutigen Funktionärerversammlung der Sozialdemokratischen Partei Dresdens

Dresden, am 16. August 1928.  
s. Es ist eine historische Stätte, der alte Trianon, jetzige Volkshochschule, in dem heute die sozialdemokratischen Parteifunktionäre zu einer wichtigen Tagung zusammengetreten. In diesen alten Mauern hat die Dresdener revolutionäre Arbeiterklasse in der Vorkriegszeit manchen schweren Kampf ausgetragen, manche Waffe geschmiedet. Und wenn heute die sozialdemokratischen Funktionäre in diesem Saal zusammenreten, um zum Panzerkreuzerfahndal der deutschen Sozialdemokratie Stellung zu nehmen, dann sollten die sozialdemokratischen Arbeiter an die Vergangenheit zurückdenken und sich bewußt werden, daß es kein Zurück mehr gibt zu der Partei des alten Trianon, dann sollten sie sich frei machen von der Illusion, als wenn ihre Partei, an die sie sich durch Tradition noch immer gebunden fühlen, sich jemals wieder zu einer „radikalen Kampfpartei“ im Sinne der Vorkriegszeit entwickeln könnte.  
Der Geist des Klassenkampfes, der in den alten Räumen des Trianon so oft lebendigen Ausdruck gefunden hat, ist heute in der Sozialdemokratie erloschen. Der Geist, der heute die SPD regiert, ihre Politik erfüllt und bestimmt, das ist der Geist der Klassenversöhnung, der Arbeitgemeinschaft, Wirtschaftsdemokratie, der Geist des Burgfriedens und der Koalitionspolitik. Das bestätigt die Tagesordnung der heutigen Versammlung, der Panzerkreuzerbeschluß, der auch für den einseitig denkenden Arbeiter hitzig den hohen Grad der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie und ihre Politik beleuchtet.  
Wir zweifeln nicht, Herr Aufhäuser und die wortradikale Tony, die Fiehnner, Wedel, Edel, Sander und Wenke werden sich heute in radikalen Tönen überbieten. Die Kapitulation der Opportunisten vor der empörten Massenstimmung der Arbeiter ist ja gerade eines der Kennzeichen ihrer „Führer“-Rolle. Sie werden mit heftigen Worten „kämpfen“. Und ihr Schlachtruf wird sein: „Heraus aus einer Regierung, die Panzerkreuzer baut! Heraus aus der Verantwortung für ein Kabinett, das anstatt den Weltfrieden, wie es Brüssel verlangt, zu fördern, den Zündstoff in der Welt vermehrt. . . . Diese Parole ist bereits gegeben. Paul Levi hat sie im Zwickauer Volksblatt so formuliert. Liebmann und Böckel wiederholen sie in ähnlichen Variationen. So soll in einer „geharnischten“ Protestentschließung das Ausruffventil für die empörte Massenstimmung geöffnet werden. Dann aber wird am Schluß der warme Appell zur organisatorischen Einheit der „völkerbefreienden, panzerkreuzerbauenden Sozialdemokratie“ erfolgen. Das aber ist der ganze Zweck der Werbung: Die Massen der sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder sollen bei der Stange gehalten werden, — trotz Panzerkreuzer.  
Das ist die historische Aufgabe, die zu erfüllen den „linken“ SPD-Führern zugewiesen ist. Deshalb werden sie auch diesmal möglichst vermeiden, an den politischen Grundfragen zu rühren, die die tieferen Ursachen des Panzerkreuzerfahndes der SPD-Politik sind.  
Der Panzerkreuzerbeschluß hat den starken Widerwillen der sozialdemokratischen Arbeitermassen gegen die Koalitionspolitik aufs höchste gesteigert. In ihrer immer härter werdenden Forderung des Bruches mit der Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie kommt der ehrliche, wenn auch zum großen Teil unbewußte Drang zu einer Politik des revolutionären Klassenkampfes zum Ausdruck, so daß sich auch die „linken“ Führer gezwungen sehen, in bestimmten aktuellen Fragen der SPD-Politik gegen den Kurs des Parteivorstandes zu opponieren. Glauben sie doch, damit bei den einzelnen Teilfragen leichter den Konsequenzen ausweichen und um die Kernfragen herum diskutieren und sogar den Anschein einer grundsätzlichen Opposition in dieser oder jener Frage erwecken zu können.  
Gerade in der Frage des Panzerkreuzerbeschlusses gibt es aber, das raffinierte, zentristische Manöver zu durchschauen und zu entlarven. Diesen Beschluß, den die „linke“ SPD-Presse nur als einen „Sündenfall“, einen „Fehler“ ihrer Ministergenossen hinzustellen versucht, ist aber ebenso wenig eine Einzelercheinung wie die nationalitätlichen Reden Löbes in Wien, Severings in Köln, der 54-Stunden-Schlechtspruch ihres Parteigenossen Wiffell, des Steuerbetrugs Hilferdings und ähnlicher Glanzleistungen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Der Panzerkreuzerbeschluß ist nur ein folgerichtiges Rettenglied der Ergebnisse der Koalitionspolitik, die als die Übertragung der grundsätzlichen Einstellung der Sozialdemokratie zum bürgerlichen Klassenstaat in der praktischen Politik angesprochen werden muß.  
Und das ist die Lehre: Von der grundsätzlichen Einstellung zum bürgerlich-kapitalistischen Staat ist eben die praktische Stellungnahme zu allen anderen Fragen, wie Koalitionspolitik, Stellung zum Militarismus, zum Krieg, zu den Wirtschaftskämpfen, zur Außen- und Innenpolitik abhängig. Die Konsequenz der Bejahung des bürgerlichen Staates ist eben auch die Bejahung aller der eben aufgezählten Fragen im „Kaiserkhaltenden“ Sinne. Das aber schließt keineswegs aus, daß die SPD-Führer bei dem einen oder anderen Punkte eine wortradikale Oppositionsstellung beziehen. Und deshalb richtet sich ihr

Demagogengeschrei auch jetzt nur gegen die Koalition, die Panzerkreuzer baut, nicht gegen die Koalitionspolitik überhaupt.

In dieser grundsätzlich entscheidenden Frage aber ist der scharfe Trennungsschritt gezogen, der die Partei der Revolutionäre, die SPD, von der staatsbejahenden, kleinbürgerlichen Reformpartei, der SPD, abgrenzt.

Das aber sind auch die Fragen, die von den sozialdemokratischen Arbeitern zur Diskussion gestellt werden müssen, wenn heute die „linken“ SPD-Führer in der Trianon-Verammlung mit radikalen Phrasen gegen den Panzerkreuzerbau randalieren. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollten sich erinnern an das, was der große zentralistische Theoretiker Kautsky in seinen besseren Tagen über das Wesen der Staatsbejahung und Koalitionspolitik erklärte. Mögen sie sich die folgende für die gegenwärtige Zeit besonders aktuelle Stelle aus seinem „Weg zur Macht“ in die Erinnerung rufen:

„... Eine proletarische Partei in einer bürgerlichen Koalitionregierung wird stets mit Schuldigen an den Handlungen zur Niederhaltung des Proletariats, die ihr dessen Mission einbringen und dabei doch stets durch das Mikromanieren ihrer bürgerlichen Bloßbrüder eingeprengt bleiben und an jeder ersprießlichen Tätigkeit dadurch gehindert werden. Jedes derartige Regime kann nicht eine Stärkung des Proletariats bringen — dazu gibt sich keine bürgerliche Partei her; es kann bloß eine proletarische Partei kompromittieren, das Proletariat verwirren und spalten.“

Die Entwicklung hat diese Worte vollkommen bestätigt. Die Sozialdemokratie hat seit dem 4. August 1914 eben diese Politik der Staatsbejahung, der Koalition, die Politik der „Niederhaltung des Proletariats“, die Politik der „Verwirrung der Arbeitermassen“, die Politik der „Spaltung des Proletariats“ betrieben. Mag es auch den linksdrapierten Agenten des Parteivorstandes jetzt noch gelingen, mit raffinierten, demagogischen Manövern den Parteiführer im Gefüge zu erhalten. In steigendem Maße erkennen aber die Arbeitermassen, die bis heute unter der ideologischen Führung der Sozialdemokratie gestanden haben, die Gefährlichkeit dieser Politik, begreifen die Notwendigkeit der Abkehr von dieser Politik und werden, ihrer Erkenntnis die Tat folgen lassen, sich zusammenschließen unter der Fahne des Klassenkampfes, und den Befreiungskampf in den Reihen der kommunistischen Partei führen.

## Hermann Müllers Chef rüftet

Imperialistischer Hummel beim Stapellauf der „Europa“ Hindenburg Patre der „Bremen“

Hamburg, 16. Aug. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern nachmittag wurde der Stapellauf des ersten der beiden auf der Werft Blohm-Born vollendeten riesigen Turbinenschneidmischer namens „Europa“ vollzogen. Zur Taufe des Schiffes hatte man sich den amerikanischen Botschafter Schurmann eingeladen, während die Taufe des anderen Riesenschiffes, der „Bremen“ am folgenden Tage durch Hindenburg erfolgen soll. Auch der durch den Lohmann-Standal berüchtigte Admiral Jenker, einer der Hauptakteure des neudeutschen Imperialismus, nahm an der Taufe teil.

Die Reden Schurmanns bei dem Stapellauf, sowie bei dem nach der Taufe von der Werft Blohm-Born veranstalteten Empfang enthielten neben den üblichen Phrasen über Völkerverständigung besonders deutliche Einstellungen auf das von Amerika begünstigte Wiedererstarken Deutschlands im Bunde der imperialistischen Mächte. Der Hinweis darauf, daß gerade Hindenburg tags darauf die Taufe des 2. Schiffes vollziehen wird, war eine besondere Pikanterie innerhalb des nationalistischen, imperialistischen Hummels.

Der Bau dieser Kleinschneidmischer, von denen die bürgerliche Presse strahlend berichtet, es sei bisher nirgends ein derartiger Komplex entfalteter worden, erfolgt mit Hilfe der gewaltigen Subventionen, die die Regierung den Schiffbau-Gesellschaften und Reedern auf Kosten der werktätigen Steuerzahler zukommen läßt.

## Die SPD fordert die Einberufung des Sächsischen Landtages

### Stellungnahme zum Panzerkreuzerbau

Die kommunistische Landtagsfraktion hat am 15. August an das Präsidium des Landtages folgendes Schreiben gerichtet:

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung vom 10. August beschlossen, die erste Rate von 10 Millionen RM für den Bau des Panzerkreuzers A zu bewilligen und mit dem Bau dieses Panzerkreuzers zu beginnen. Unter Beschluß des Reichskabinetts hat in den breitesten Schichten der werktätigen Bevölkerung bis in weite Kreise des Bürgertums den leidhaftesten Widerstand ausgelöst. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist mit dieser Panzerkreuzerpolitik nicht einverstanden.

In der Landtagssitzung vom 29. März 1928 wurde von den Vertretern der kommunistischen und sozialdemokratischen Landtagsfraktionen gegen die Bewilligung des Panzerkreuzerbau durch die sächsische Regierung im Reichsrat scharfster Protest erhoben. Es ist kein Zweifel, daß die übergroße Mehrheit der sächsischen Bevölkerung den Bau des Panzerkreuzers ablehnt und die Verwendung dieser Mittel für soziale Zwecke (Schulkinderspeisung) fordert. Die Empörung der Bevölkerung über die Politik des neudeutschen Imperialismus des sozialdemokratischen Koalitionskabinetts wächst täglich, es ist deshalb notwendig, daß auch im Landtage der Unwille der breiten Massen über die Politik der sozialdemokratischen Reichsregierung zum Ausdruck kommt.

Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb beim Landtagspräsidenten die sofortige Einberufung des Landtages.

Anlässlich der Stellung der sächsischen Regierung zur Lohnsteuererhöhung hatte die kommunistische Fraktion die Einberufung des Landtages gefordert. Mit wichtigen Gründen wurde diese Einberufung abgelehnt. Der Panzerkreuzerbau hat eine neue politische Situation geschaffen; die Rüstungspolitik der Reichsregierung gefährdet den Frieden und schafft neue Voraussetzungen für den künftigen Krieg. Die Interessen der breiten Massen aber erfordern Verhinderung eines Krieges, deshalb ist die Behandlung dieser Frage im Landtag unumgänglich. Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb, auf die Tagesordnung für die Landtagssitzung folgenden Antrag zu stellen:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung gegen den Bau des Panzerkreuzers Einspruch zu erheben und bei der Reichsregierung zu beantragen, die für den Panzerkreuzerbau in Aussicht genommenen Mittel für Schulkinderspeisung zu verwenden.

## Eine Niederlage des DMB-Vorstandes

Die sozialdemokratischen Arbeiter rebellieren gegen den Spaltungskurs. — Die Berliner Mandate vom Verbandstag anerkannt. — Spaltung der SPD-Fraktion.

Karlsruhe, 16. Aug. (Eig. Drahtmeldung.)

Der gestrige 3. Verbandstag des Metallarbeiter-Verbandes brachte den Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit der reformistischen DMB-Bureaucratie, die mehr oder weniger aggressiv auf die Abtrennung der Opposition vom Verband hinarbeitet. Der unerhörte Anschlag auf Aberkennung der Mandate der Berliner Delegierten und einiger anderer Oppositioneller ist gescheitert. Der Massensturm der Metallarbeiterschaft im ganzen Reich und das Bewußtsein, daß sich auf eine solche Provokation ein noch nie dagewesener Massensturm der Mitgliedschaft ergeben würde, hat auf einen Teil der SPD-Delegierten so gewirkt, daß sie das Verbrechen nicht wagten. Die Aberkennung der Mandate der staatlichen Oppositionellen Delegierten wurde mit 115 gegen 92 Stimmen abgelehnt.

Auch bei der Debatte über das Schlichtungswesen, bei der nur die Opposition eine klare Stellungnahme hatte, war die SPD-Fraktion gespalten. Ein Teil der linken Führer wagte es nicht, sich offen für die heutige Schlichtungsordnung zu er-

klären, und sie nahmen eine zweideutige Haltung ein. Mehr als 30 SPD-Delegierte haben mit der Opposition gegen die Vorstandsresolution zum Schlichtungswesen gestimmt. Der Antrag Nr. 380 des Vorstands zum Schlichtungswesen wurde in sämtlichen Abstimmungen mit 194 gegen 69 Stimmen angenommen.

Diese kurze Meldung von dem Verbandstag der größten deutschen freien Gewerkschaft, über den wir morgen ausführlich berichten werden, kennzeichnet den starken Widerwillen in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die verbrecherische Spaltung der Reformisten, die im Interesse der Durchführung der Koalitionspolitik, der Arbeitsgemeinschaft und des Wirtschaftsfriedens mit dem Unternehmer jede oppositionelle Regung zu unterdrücken versuchen. Daß selbst auch die sozialdemokratischen Delegierten sich gegen den Spaltungskurs gewandt haben und gemeinsam mit den Kommunisten stimmten, ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß auch die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiter in steigendem Maße die Verderblichkeit der reformistischen Politik in den Gewerkschaften erkennt.

## Panzerkreuzer statt Brot für Erwerbslose

Der Reichsarbeitsminister führt den Beschluß des Reichstages zur Verlängerung der Unterstützungsdauer nicht durch — Die Regierung Müller hat Geld für Panzerkreuzer aber nicht für Erwerbslose

Der Reichstag hatte noch kurz vor seinem Auseinandergehen auf die Initiative der kommunistischen Fraktion einen Beschluß gefaßt, dessen weitestgehender Inhalt die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Fabrikarbeiter in den zur Krisenunterstützung zugelassenen Berufsgruppen und die Verlängerung der Unterstützungsdauer in der Krisenunterstützung von 26 auf 39 Wochen ist. Jetzt hat der Reichsarbeitsminister Wiffel eine Verordnung herausgegeben, die einfach über den Beschluß des Reichstages hinweggeht. In dieser Verordnung wird die Krisenunterstützung ausgedehnt auf die Glasindustrie und das Bühnenpersonal. Der Beschluß des Reichstages alle ungelerten und angelernten Fabrikarbeiter in der Metallindustrie, Holzindustrie usw. usw. ohne weiteres als Krisenunterstützungsberechtigten einzubeziehen wird in der Verordnung ignoriert. Es wird lediglich angeordnet, daß der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes nicht mehr über die Anträge dieser Fabrikarbeiter zu entscheiden braucht, es bleibt jedoch dabei, daß die Fabrikarbeiter nicht wie die anderen Arbeiter ohne weiteres Krisenunterstützung bekommen, sondern daß sie auch weiter erst ein Gesuch einreichen müssen. Der Reichstag hatte weiter beschlossen, daß die Krisenunterstützung bei einer weiteren Verschlechterung des Arbeitsmarktes auf sämtliche Berufsgruppen ausgedehnt sei. Trotzdem der Arbeitsmarkt sich ständig verschlechtert, hat der Reichsarbeitsminister die Krisenunterstützung nur auf die Glasindustrie und das Bühnenpersonal ausgedehnt. Er hat also auch in diesem Punkt den Beschluß des Reichstages faktisch aufgehoben. Gegenüber dem Beschluß des Reichstages auf Verlängerung der Unterstützungsdauer der Krisenunterstützung bringt die Verordnung des Reichsarbeitsministers nur eine Verlängerung der Unterstützungsdauer für ältere Angestellte über 40 Jahre von bisher 39 Wochen auf 52 Wochen. Der Reichstag hatte verlangt, daß diese Verlängerung nicht nur für die älteren Angestellten, sondern auch für die Arbeiter über 40 Jahre durchgeführt werden sollte. Wiffel hat sich auch darüber hinweggesetzt.

Der Beschluß des Reichstages außerdem allgemein für alle Arbeiter und Angestellten also auch für die jüngeren, die Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen zu verlängern, wurde von Wiffel und der Regierung überhaupt nicht berücksichtigt. In der offiziellen Rundgebung der Regierung heißt es, daß die Regierung diese Forderung grundsätzlich anerkennt — das hat auch die Bürgerblockregierung schon getan — daß sie aber ihre Durchführung auf unbestimmte Zeit verschieben müsse. Das ist eine glatte Aufhebung des Beschlusses des Reichstages. Der Reichstag hatte noch Erleichterungen für die Notstandsarbeiter beschlossen, monoch die Regierung überhaupt nichts erwägt.

Diese skandalöse Verordnung geht nicht nur von Wiffel aus, sondern ist auch von der Regierung, in welcher SPD und Demokraten die Mehrheit haben, angenommen, und zwar zur gleichen Zeit, wo man einstimmig den Bau des Panzerkreuzers A beschloß.

Das ist der zweite große Schlag der Hermann-Müller-Regierung gegen die Arbeiterklasse. Den sozialdemokratischen Wählermassen müssen jetzt die Augen aufgehen. Das Zusammenstreifen dieses Beschlusses der Reichsregierung zur Erwerbslosenunterstützung mit dem Beschluß zum Panzerkreuzerbau, die Gegenüberstellung dieser beiden Handlungen, zeigt jedem den Charakter dieser Regierung. Die vollkommene Unterordnung ihrer Handlungen unter die Interessen des Trustkapitals kommt auch bei diesem Beschluß zum Ausdruck. Interessant ist die Vorgeschichte dieses Beschlusses. Wiffel hatte den Entwurf der Verordnung dem Ausschuh für Krisenunterstützung bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zur Begutachtung vorgelegt. Dieser Ausschuh leit sich zu einem Drittel aus Gewerkschaftsvertretern, einem Drittel aus Behördenvertretern und einem Drittel aus Unternehmervertretern auf. Das ist wahrlich keine Körperschaft, welche die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Trotzdem hat diese Körperschaft gegen die Stimmen der Unternehmervertreter eine Entschiedenheit angenommen, in welcher es unter anderem heißt:

„Der Ausschuh stellt mit Bestimmtheit fest, daß die ihm vom Reichsarbeitsminister vorgelegten Entwürfe den Beschlüssen des Reichstages nicht entsprechen.“

Fast ganz unberücksichtigt geblieben sind die Reichstagsbeschlüsse in bezug auf die Unterstützungsdauer in der Krisenunterstützung. Der grundsätzliche Forderung des Reichstages, die Dauer allgemein von 26 auf 39 Wochen zu verlängern, ist nicht Rechnung getragen worden. Nur für die 40jährigen ist eine Verlängerung bis zu 52 Wochen angefallen, jedoch auch diese ohne rückwirkende Kraft. Der Ausschuh erklärt mit aller Entschiedenheit, daß er die allgemeine Verlängerung der Unterstützungsdauer auf 39 Wochen für notwendig hält.

Diese Maßnahme der Regierung enthält einen weiteren Wahlschwindel der SPD. In der Wahlagitator hat die Sozialdemokratie erklärt, daß sie den Reichswahlkreis mit 200 Millionen kürzen werde, um die Mittel für eine Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung Kriegsenten usw. zu beschaffen. Statt dessen bewilligt sie nicht nur den Panzerkreuzer, sondern hebt jetzt in der Regierung einen Beschluß des Reichstages zur Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung direkt auf. Kräfte kann der Wahlbeitrag und die kapitalistische Politik der Sozialdemokratie nicht in Erscheinung treten.

Die Stellungnahme der Regierung in der Krisenunterstützung entlarvt auch die Entschuldigung der Sozialdemokratie, daß man dem Panzerkreuzerbau zustimmen mußte, weil ein Beschluß des alten Reichstages vorlag, also eine glatte Lüge. Denn hier hat die Regierung sogar einen Beschluß des neuen Reichstages ohne Bedenken aufgehoben. Die formale Demokratie spielt für die Sozialdemokratie nur dann eine Rolle, wenn sie, wie beim Panzerkreuzer, für die Durchsetzung der imperialistischen Politik der Bourgeoisie brauchbar ist und sie steht sich wie die Bourgeoisie ebenso glatt darüber hinweg, wenn es sich um soziale Maßnahmen zugunsten der Arbeiterklasse handelt. Die Bürgerblockregierung hätte nicht anders entscheiden können.

Dieser neue Verrat der Sozialdemokratie an den Arbeiterinteressen diese neue Entlarvung des Wahlbetruges der Sozialdemokratie muß dazu führen, daß in den nächsten Wochen der Sturm gegen die Regierung und die Sozialdemokratie noch härter wird. Fort mit der Panzerkreuzerregierung, die kein Geld für die hungrigen Arbeiter und Angestellten hat, aber bestrebt für Kriegsrüstungen.

## Die Phosgenfendung nach Hamburg bestätigt

Die Meldung der kommunistischen Hamburger Volkszeitung von der neuen furchtbaren Gefahr einer neuen Giftgaskatastrophe in Hamburg ist den verantwortlichen Behörden außer unangenehm, und sie erlassen durch die staatliche Pressestelle eine Beschwichtigungserklärung, monoch Beamte der Polizeibehörde und des Gewerbeaufsichtsamtes bei der Firma Stolzenberg eine Untersuchung vorgenommen haben, die ergab, daß bei der Firma keine Phosgenvorräte lagern. Daß die Firma aber in den letzten Tagen erst eine Phosgenfendung erhalten hat, muß die amtliche Untersuchungskommission selbst zugeben. Und das ist gerade die Hauptsache. Die Hamburger Volkszeitung hatte nicht behauptet, daß bei der Firma Phosgenvorräte lagern, sondern daß sie solche erhalten hat und verarbeitet. Die Verarbeitung eines so gefährlichen Gases ist eine dauernde Gefahr für die Bevölkerung. Mit der beschwichtigenden amtlichen Erklärung, daß es sich nur um geringe Mengen — 4 Kilo — handelt, kann sich die Arbeiterklasse nach den gemachten Erfahrungen nicht zufriedengeben. Die Verarbeitung eines so gefährlichen Gases inmitten dichtbesiedelter Stadtteile muß verboten werden. Die „chemischen Versuche“ der Firma Stolzenberg gehören zu den Kriegsrüstungen des neudeutschen Imperialismus. Ein Grund mehr, um gegen sie den Kampf aufzunehmen.

## Wieder ein Selbstmord eines Reichwehrsoldaten

Wöbau. Gestern wurde auf der Bahnstrecke Wöbau-Görlitz kurz vor der Bahnstation des Verbindungsweges Humboldtweg-Darmstädter Straße der Reichwehrsoldat Becker aus Wöbau i. B. tot aufgefunden. Becker sollte Ende des Monats wegen angeblicher Epilepsie entlassen werden. Wegen eines Diebstahls von 4 Mark hatte er 10 Tage (!) Arrest erhalten, außerdem schwebt wegen derselben Sache noch ein Strafverfahren (!). Schon des öfteren sind in Wöbau Selbstmorde von Reichwehrsoldaten gemeldet worden. Ueber die wirklichen Ursachen der Selbstmorde ist genauer nicht bekannt geworden. Sicherlich wird man wieder versuchen, irgendeine Diebstahlschicht oder ähnliches als Ursache zu bezeichnen. Die vielen Selbstmorde in der Reichswehr aber beweisen, daß es andere Gründe haben muß.



Die Aufnahme zeigt eine Phosgenflasche auf dem Güterbahnhof Hamburg 4, Feuertrampe

# Die Wahrheit über Brüssel

Einhaltungen aus den internen Kommissionssitzungen der 2. Internationale - Wäster Kraft unter den sozialdemokratischen Führern

Der Panzerkreuzerbeschluss der deutschen Ministersozialisten hat die ungeheure Erbitterung der Arbeiterschaft auch innerhalb der SPD erzeugt. Die zentralistischen „linken“ SPD-Führer versuchen in diesem Augenblick die Aufmerksamkeit der Massen von der militäristisch-imperialistischen Praxis der sozialdemokratischen Partei abzulenken, indem sie den demagogischen Versuch machen, die empörten Arbeiter mit dem Hinweis auf die Brüsseler Abrüstungsbeschlüsse des sozialdemokratischen Weltkongresses zu trösten. Sie versuchen, den traurigen Bankrott, der sich in Brüssel abspielte, umzufällen in angebliche Beschlüsse, die sich ernstlich gegen Kriegsgefahr und Aufrüstung richteten, die ernsthaft etwas mit Internationalismus und Sozialismus zu tun hätten.

Diese Art sozialdemokratischer Darstellung versucht, aus der Tatsache Nutzen zu ziehen, daß die SPD-Arbeiterschaft in Brüssel nicht anwesend war und nur aus der sozialdemokratischen Berichtserstattung die - freilich auch nicht erhebbende - Fassade des Kongresses in seinen Plenarsitzungen kennt. Diese Spottaktion der SPD-Presse ist verfehlt.

Wir werden den Schieber von den gesamten geheimen Vorgängen des Brüsseler Kongresses lüften. Das, was hinter den Kulissen in den Kommissionssitzungen vorging, wenn man auch die immer wieder in imperialistischen Konstellationen der einzelnen Delegationen auseinanderfallende Fassade zusammensetzte - alle diese von der sozialdemokratischen Presse trampftätig totgeschwiegenen Vorgänge verdienen zur Kenntnis auch des letzten sozialdemokratischen Arbeiters gebracht zu werden. Wir werden es den Herren Stämpfer und Viktor Schiff, Breitscheid und Crispian nicht ersparen an Hand des uns vorliegenden herausgegebenen Protokolls der Kommissionssitzungen des Brüsseler Kongresses den sozialdemokratischen Arbeitern zu zeigen, welche ein widerliches und verlogenes Spiel man auf dem Kongress dieser angeblich „sozialistischen Internationale“ mit den Proletariats aller Länder getrieben hat!

Diese Tatsachen sollen die SPD-Arbeiter erfahren! Dann werden sie aus eigener Anschauung zu erkennen vermögen, daß die angeblichen „Arbeiterführer“, die angeblichen „Sozialisten“ an den verschiedenen Parteien der 2. Internationale dem Imperialismus mit Leib und Seele verfallen sind!

## Die Sitzung der Abrüstungskommission

Wir beginnen unsere Veröffentlichungen mit den Verhandlungen vor der Abrüstungskommission. In der ersten Sitzung der Abrüstungskommission des Brüsseler Kongresses wurden dem vorliegenden Protokollsentwurf der Exekutive der 2. Internationale leitend der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei (IWA) sowie leitend der Schweizer Sozialdemokratischen Gegenpartei entgegengetreten. Für die Abrüstungsresolution der Exekutive nahm insbesondere der Belgier de Braudere das Wort. Die eigentlichen Auseinandersetzungen fanden jedoch nicht in dieser ersten Sitzung, sondern vielmehr in einer folgenden Sitzung (am Mittwoch den 8. August vormittags) statt. In der ersten Sitzung hatte, ganz auf der Linie der Vorschläge der Exekutive, Breitscheid für die SPD gesprochen. In der folgenden Sitzung polemisierten u. a. der linke französische Sozialdemokrat Tromski scharf gegen die Rede Breitscheids. Auch der Sozialdemokrat Tschandke wandte sich gegen die faulstückerartige Fassung der Abrüstungsresolution. Ein russischer Delegierter ließ eine wilde antihörschwitzige Rede los, in der er vor allem wie: „Vollkommen ist Kriegsgefahr!“ oder: „Die Bolschewisten wollen den Kommunismus auf der Spitze ihrer Bajonette nach Europa tragen.“

Die erste bedeutungsvolle Rede hielt Julius Deutsch, der Führer des österreichischen Schutzbundes. Dieser Vertreter der austromarxistischen österreichischen Sozialdemokratie polemisierte aufs heftigste gegen die „linken“ Vorschläge der englischen IWA: „Nehmen wir A. B. die Stellung des englischen Vorklages zur Abriegelung der Schlüsselindustrie im Kriegszustand, die Verriegelung der Arbeit in den Munitionswerken. Glauben die Engländer wirklich, daß sie imstande sind, ihre Forderungen durchzuführen? Ein anderes Land kann sie sicher nicht durchführen, und wenn es nicht einmal England kann, wozu dann dieser Antrag? - Keine Kriegstreue, keine Militärfreunde für Herr und Flotte usw. Sehr schön, aber wie stellen sich dann die Engländer die Arbeit unserer Genossen in den Koalitionsregierungen vor? Dieses würde zur Folge haben, daß ein sozialdemokratischer Heeresminister gegen das Budget seiner eigenen Regierung stimmen müßte. Ich habe selbst eine langjährige Erfahrung in diesen Fragen und, da auch andere Genossen darüber Bescheid wissen, brauche ich nicht länger dabei zu verweilen.“

Diese Ausführungen von Julius Deutsch wurden vor allem von Scheidemann mit lebhafter Freude aufgenommen. Als nächster Redner sprach der französische Sozialdemokrat Renaude mit heiligem Pathos: „Die Resolution wird als Kompromiß hingestellt. Viele Fragen, vor allem die der Landesverteidigung, seien nicht behandelt. Man beruht sich hierbei auf die sozialistische Stellung aus der Zeit von 1891. Aber damals waren wir Propagandisten, heute sind wir Regierungsparteien. Die Schwäche ist, daß jede Landesverteidigung ab und kennzeichnen sich dadurch am besten als Bolschewisten. Man wird nun fragen, wann liegt Landesverteidigung vor, denn nur in einem solchen Falle dürfen wir uns für den Krieg einsetzen. Aber wir haben ja eine sehr gute Möglichkeit festzustellen, wann es sich um Landesverteidigung handelt. Wir haben ja den Völkerbund. Wir haben die Möglichkeit, durch den Völkerbund feststellen zu lassen, wann Landesverteidigung vorliegt.“

Der nächste Redner, der polnische Sozialdemokrat Wajner, hielt eine besonders schamlose antihörschwitzige Rede: „Meine lieben Genossen, Sie kennen die Sowjets nur im Sonntagsgewande, wir Polen kennen sie aus unmittelbarer Nähe. Die Sowjets rüsten zum Kriege gegen die Kapitalisten, gegen die Sozialdemokraten, gegen die kapitalistischen und sozialistischen Regierungen in allen Ländern. Hier wird von Abrüstung gesprochen und die Landesverteidigung als etwas Berühliches hingestellt. In Polen widerlegen sich die Massen der Abrüstung; sie fürchten sich vor dem russischen Befreiungskrieg, den Bucharin als heilig propagiert.“

Nachdem einige andere Redner gesprochen hatten, erhielt ein Vertreter der polnischen USW das Wort, der eine verhältnismäßig scharfe Rede hielt: „Nichts Bestimmtes wird gesagt, nichts wird festgelegt, was wir tun sollen, wenn ein Krieg wirklich ausgebrochen ist. Nichts wird gesagt, wodurch man ihn ernsthaft verhindern kann. So wird das Hauptproblem überhaupt nicht berührt. Man spricht von Völkerbund und Kellogg-Pakt; die einen sind für Völkerbund, die anderen für Waffenstillstand, und alle in Schwindel (Große Unruhe). Wir sind für Verweigerung jedes Militärbudgets. (Die Unruhe steigt.) Die Gefahr der Sowjets wird übertrieben. Sie sind überhaupt erloschen, wenn wir wirklich für den Frieden sind.“ (Großes Gelächter. Die folgenden Worte gingen in Lärm und Gelächter unter.)

Für die SPD sprach nun Crispian: „Wir haben nie ernstlich die Massenaktionen genützt, nicht, weil es an Will-

len, sondern an der Macht gefehlt hat. Wenn wir trotzdem wieder solche Erklärungen abgeben, so erwidern wir als Vertreter und Führer die eigenen Massen gegen uns auf. Wenn Sie doch genau den Vorschlag der Exekutive durch, und Sie werden sehen, daß alles gesagt ist, was zu sagen ist. Wir sagen, was zu sagen hat, wenn der Krieg ausgebrochen ist. Wir fordern zum härtesten gewerkschaftlichen und politischen Streik bis zum Barrikadenkampf. (Gelächter im ganzen Saal. Hochhauhe bei Breitscheid.) Wir brauchen also kein Alibi mehr für die Massen.“

Nachdem Crispian dann noch weiterhin für die Schandresolution der Exekutive eingetreten war, bekommt der linke Schweizer Sozialdemokrat Reinhard das Wort. Mit empörter, wutstimmender Stimme erklärt er: „Der Charakter des imperialistischen Krieges muß besser gekennzeichnet werden. Es muß die diplomatische Farce zerbrochen werden, daß es eine Handsovereidigung überhaupt gibt. Wir dürfen uns nicht in die Falle der imperialistischen Diplomatie locken lassen, wie es unser Kennanbel vorgeschlagen hat. Man verleihe den Vorschlag der Engländer (IWA). Man unterziehe ihn einer abschließlichen Prüfung nach sofortiger Abrüstung.“ (Lärm und Jubelstürze, vor allem von Breitscheid.) Darauf ruft Reinhard mit wütender Stimme: „Breitscheid, Sie kommen mir gerade recht in den Weg!“ (Lärm Crispian: „Wir haben im letzten Reichstag auch die Militärfreunde abgelehnt.“ Reinhard: „Und das Versprechen auf Herabsetzung des Etats von 800 auf 500 Millionen? Und der Bau des Panzerkreuzers? (Lärm im Saal.) Welch eine Farce! Das falsche Italien - Kriegsgefahr! Das falsche Polen - Kriegsgefahr! Das falsche Rumänien - Kriegsgefahr! Das falsche Jugoslawien und Ungarn - Kriegsgefahr! Der Imperialismus Englands und Frankreichs - Kriegsgefahr! Und alle zusammen im Völkerbund der „Sort des Friedens“! Bei einer solchen Politik muß die größte Bewirrung in der Arbeiterschaft entstehen. Die Verweigerung der Kriegstreue ist unbedingt notwendig.“ (Lärm.)

Nachdem ein Redner der englischen Arbeiterpartei (Labour Party) sich für die Beschlüsse der Exekutive ausgesprochen hatte, sprach als Redner Kemner Brodman für die englische Unabhängige Arbeiterpartei (IWA): „Wenn Breitscheid sagt, die Kommunisten würden den Antrag der IWA für ihre Propo-

ganda ausnutzen, so ist das Gegenteil wahr: Wenn wir keine entscheidende Stellung zur Kriegsgefahr haben, so werden unsere Anhänger zu den Kommunisten überlaufen.“

Damit fand diese Sitzung ihr Ende, es wurde nun eine Unterkommission eingesetzt, die am Mittwoch den 8. August nachmittags und am Donnerstag den 9. August fand die letzte Sitzung der Abrüstungskommission statt. In der Subkommission hatte man aus den Gegenüberstellungen der IWA und der Schweizer Sozialdemokraten einige sehr radikale Vorschläge übernommen, dagegen nicht eine Silbe von jenen Vorschlägen ursprünglich geforderten konkreten Maßnahmen. Böttig wurde ausschließlich in der abgeänderten Resolution war jeder Hinweis auf die Abrüstungsarbeiten der Kom-  
missionen.  
Trotzdem erklärte sowohl Kemner Brodman für die IWA wie Reinhard für die Schweizer Sozialdemokratie, die beide inzwischen von Otto Bauer mit dem ganzen Aufgebot seiner Ueberredungskünste müde gemacht worden waren, daß sie nunmehr zufriedenstellend worden seien. Eine künftige Kapitulation konnte es schwerlich geben.

Trotzdem gab es in der Schlußsitzung der Abrüstungskommission noch ein kleines groteskes Schauspiel: Der amerikanische Vertreter stimmte als Einziger gegen die Resolution, weil darin das Wort „Gewalt“ vorkam, für den Fall, daß eine Resolution ohne Schiedsgerichtsverfahren zum Krieg läuere. Bekanntlich wurde wegen dieses ultrareaktionären amerikanischen Einwandes bis zur Behandlung der Abrüstungsresolution im Plenum auch dieser Vorschlag noch abgelehnt, so daß das gefährliche Wort „Gewalt“ vermieden werden konnte.

Die vorstehenden Auszüge aus den tatsächlichen Vorgängen hinter den Kulissen des Brüsseler Kongresses müssen jedem Arbeiter der SPD die Augen öffnen, was dieser angeblich sozialistische und internationale Kongress in Wahrheit gewesen ist: Ein Kongress der Handlanger des Imperialismus, die nur ein gemeinsames Band vereinte - der Haß gegen Sowjetland und gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung! Nicht in den Reihen dieser 2. Internationale des Krieges, der Aufrüstung, der Panzerkreuzer ist der Platz eines Klassenbewußten Arbeiters, sondern in den Reihen der kommunistischen Internationale!

# SPD-Arbeiter gegen Panzerkreuzer-„Sozialisten“

Der Panzerkreuzerbau „ist eine schändliche Verhöhnung der deutschen Arbeiterschaft“!

Die linkssozialistische Blauner Volkszeitung veröffentlichte folgende Resolution, die „aus den Reihen der Teilnehmer“ auf einem Parteitag der SPD des Bezirks Zwickau-Plauen eingebracht wurde:

„Wir jüdischen Sozialisten, die wir heute am 12. August in Blaun zu einem Parteitag des Bezirks Zwickau-Plauen beisammen sind, fühlen uns aufs tiefste bedrückt von dem, was unsere Genossen in der Reichsregierung haben über sich ergehen lassen. Wir sehen in dem Beschluß des Reichskabinetts, den von uns abgelehnten Panzerkreuzer doch zu bauen, eine schändliche Verhöhnung der deutschen Arbeiterschaft und der Bemühungen der sozialistischen Internationale.“

Wir fordern die Reichstagsabgeordneten und die Mitglieder der Reichsregierung, die nach auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, (1) auf, zu dieser herausfordernden Klassenkampfanbahnung des Bürgerturns nicht zu schweigen, sondern den Kampf gegen die Annahmen der Reaktion aufzunehmen. Wir verlangen den Austritt unserer Genossen aus der Reichsregierung. Wir fordern scharfen Kampf im Parlament gegen das Bürgerturn. Keinen Pfennig dieser Reichswehr!

Wir warnen alle koalitionsfreundlichen Genossen vor arbeitserneuerlichen Bündnissen mit dem Bürgerturn. Wir mahnen eine große, scharfe sozialdemokratische Partei und die baldige Sammlung des gesamten Proletariats unter den roten Fahnen der Sozialdemokratie. Dieses Ziel werden wir aber nur erreichen durch scharfen Klassenkampf gegen das Bürgerturn. Heraus aus der Regierung!“

Dieser Entschluß sollen 10 000 Teilnehmer einstimmig zugestimmt haben.

Die Sprache dieser Resolution zeigt die tiefste Erstarrung der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Panzerkreuzer-„Sozialisten“ in der Regierung. In den schärfsten Worten gehen sie die arbeitserneuerliche Politik, die Verhöhnung der Arbeiterschaft durch die SPD-Führer.

## Vom Tage

### Typhus in Ostpreußen

II. Hannover. Wie der Kreisarzt des Kreises Norden (Ostpreußen) mitteilt, ist in einigen Dörfern des Kreises Typhus ausgebrochen. Die Gesamtzahl aller an der Seuche erkrankten Personen beträgt bisher 42. Bislang seien zwei Todesfälle zu beklagen. Die Erkrankungen sind aber meist leichter Art, so daß die Vorbeugungsmaßnahmen ein weiteres Ausbreiten verhindern dürften.



Das Panzerkreuzer-Kabinett mit Hindenburg bei der Verfassungssitzung.  
Von links nach rechts: Reichswehrminister General Groener, Hindenburg, Sepering, von Karhoff, (Reichspräsident).

### Typhuserkrankungen bei Potsdam

II. Potsdam. In der Nähe Potsdams in Caputh, Herz und Fahrland sind in den letzten Tagen mehrere Personen unter Typhusverdacht erkrankt. In den Hotelbetrieben des Potsdamer Krankenhauses liegen zurzeit 9 Personen, bei denen die Untersuchung ergeben hat, daß es sich tatsächlich um Typhus handelt.

### Professor Samojewitsch in Oslo

III. Oslo. Professor Samojewitsch ist mit Frau Kollontai aus Stenanger in Oslo eingetroffen und hat der Mutter Walgreens im Namen der Befragung des Kräfte telephonisch seine Teilnahme an dem erschlaffenden Tode des norwegischen Gesetzten ausgesprochen.

### Drei zum Tode Verurteilte kurz vor der Hinrichtung begnadigt

II. Berlin. Nach der Meldung eines Berliner Blattes aus London wurden drei Männer die am Mittwoch morgen wegen der Ermordung eines alten Händlers gehängt werden sollten, in letzter Stunde durch das Eingreifen des Innenministers vom Galgen gerettet. Sie waren am 18. Juli vom Schurkengericht in Lewes wegen Ermordung des Händlers Smith verurteilt worden, der am 18. Mai an den Folgen einer Lungenerkrankung starb, nachdem er vier Wochen vorher in einer einsamen Gegend bei Brighton von drei Männern überfallen, brutal verletzt und beraubt worden war.

### Neue Sturmverheerungen in Florida

III. London. Der Orkan der an der Küste von Florida vor einigen Tagen großen Schaden anrichtete, bewegte sich nunmehr nach dem Innern des Landes. Die Stadt Tallahassee wurde am Dienstag von einer Windstöße erfaßt, die eine Geschwindigkeit von 50 Stundenmeilen erreichte und von starkem Regen begleitet war. Die Telefonmasten wurden niedergeworfen und die Verbindungen in einem Umkreis von 30 Meilen unterbrochen. Die Stärke des Windes, der sich langsam nach dem Westen und Norden zu bewegt, nimmt noch zu. Die Eisenbahnverbindungen nach Tallahassee sind teilweise unterbrochen.

### Schwere Cholera-Epidemie in Madras

III. London. In Madras sind der Cholera bisher Hunderte von Personen zum Opfer gefallen.

# Der Dank des Vaterlandes hinaus auf die Straße!

(Arbeiterkorrespondenz)

Kriegsbeschädigter — arbeitslos. Das ist das enthäutete Denkmal „Dank des Vaterlandes“ für proletarische Kriegsoffer. Die kapitalistische Geißel pfeift über unsere Köpfe, ängstlich dudend und oft hilflos steht das Gros der Kriegsopfer-Armee. Am 11. August marschierte ich wieder einmal los, um Arbeit zu suchen, da der Arbeitsnachweis zu schwerfällig und bürokratisch arbeitet. Als 40prozentiger Kriegsbeschädigter hat man immerhin Hoffnung auf „Erfolg“. 4 Stunden, lange, schwere, nervenaufpeitschende Stunden zeitigen nichts. Ueberall vergeblich. Da, bei der Arbeitsstelle Gerhart-Hauptmann-Straße der Fa. Dyerhoff und Widmann Kappis: Montag früh 7 Uhr Einstellen mit Hacke und Schaufel. Montag früh: Ca. 20 Mann warten mit mir. Endlich komme ich dran. „Letzte Arbeitsbescheinigung!“ jagt der Bauführer. Sie lautet auf den 15. 11. 1927. „Und seither?“ fragt er weiter. „Kriegsleiden — Erkrankung bis 5. 3. 1928. Von da an Aushelfer bei verschiedenen Firmen...“ Darauf Tuscheln zwischen Bauführer und einem Herrn aus dem Bureau und darauf winkt der Bureauangestellte ab: „Kriegsbeschädigt... wir haben jetzt genug Leute!“ Das ist das Los des Kriegsoffiziers. Wie ein Hund wird es auf die Straße gejagt, ein Fußtritt ist der „Dank des Vaterlandes“. Wann wird der Tag der Abrechnung kommen, an dem die dafür belohnt werden, die den Krieg entfacht und die ihn aufs neue vorbereiten helfen? Kriegsopfer, wir müssen in der vordersten Front der Kämpfer gegen den Krieg stehen, deshalb gehören wir in die KPD.

## Jasmah! wirft Zigaretten auf den Dunghaufen

Einen eigenartigen Vorgang konnte man gestern nachmittag auf der Tornauer Straße in Reich beobachten. Ein Lastauto mit Anhänger der Firma Jasmah! fuhr eine riesige Menge Zigaretten an das dort befindliche Abfallloch und warf sie von dort hinab in die Grube. Es handelt sich um „Eisa Krüger“ und „Vico Triumph“-Zigaretten, die angeblich schlechtere Tabakmischung enthielten. Der Widerspruch unserer Wirtschaftsmethoden kommt auch hierin zum Ausdruck.

## Schweres Gewitter über dem Dresdner Elbtal

Gestern abend ging über dem Dresdner Stadtgebiet, vor allem aber in dem Elbtal, ein schweres Unwetter nieder. Während in Dresden selbst das Gewitter nur mit starken Regengüssen begleitet war, hat in Heidenau, Pirna usw. der das Gewitter begleitende Sturm großen Schaden angerichtet. Die starken Niederschläge waren fast überall mit Graupeln und Schloten begleitet. Mächtige Bäume wurden entwurzelt; bei der Firma Hoesch ist von dem Sturm ein Eisenbahnwagen umgeworfen worden. Besonders stark soll der Sturm auch den kleinen Geschäftsleuten auf der Copitzer Bogelwiese mitgespielt haben. An vielen Orten wurden die Obst- und Gemüsegärten vollständig verwüstet.

### Wer ist der Tote?

Am 8. 8. 1928 7 Uhr vormittags ist von der Marienbrücke ein unbekannter, ungefähr 21 Jahre alter Mann in die Elbe gesprungen und ertrunken. Seine Leiche konnte bisher nicht geborgen werden. Er wird von einem Augenzeugen wie folgt beschrieben: ungefähr 1,30 Meter groß, schlant, kleiner Schnurrbart, längliches Gesicht, bekleidet mit braunlichem Anzug. Mit vernünftigen Personen war der Unbekannte nicht in Verbindung zu bringen.

Sachdienliche Mitteilungen zur Feststellung der Person erbittet das Landeskriminalamt Dresden, Landeszentrale für Vermisste und unbekannt Tote, Schlegelstraße 7, 3., Zimmer 200, wo auch eine kleine Belohnung, die der Unbekannte verloren hat, zur Verfügung ausliegt.

**Diebstähle.** Von einem mit Frachtgut beladenen Kollwagen wurde vor einigen Tagen in den Straßen der inneren Altstadt ein brauner Pappkarton, enth. 14 Paar verschiedene Musterstücke, gestohlen. Der Karton trug einen grünen Zettel mit dem Aufsatz „4666 Berlin“ und die Adresse „Schuhhaus Sommer, hier, Wilsdruffer Straße.“ — Weiter wurde kürzlich aus dem Hofe des Grundstücks Neumarkt 9 ein vierdrücker Kastenhandwagen, an dem am linken Hinterrad ein Reifen fest, entwendet. Vor Anlauf des Diebesgutes wird gewarnt.

**Vom Täter fehlt jede Spur.** Dieser Film, der im Ufa-Palast läuft, ist ein einziges Loblied auf unsere gutarbeitende, nützliche, ach so nette Polizei, die gar nichts von ihrem Klassencharakter mehr an sich hat — im Film nämlich. Daß dabei recht unlogische Darstellungen (Anruf des Verfolgten im Polizeipreldium, Auffahrt des Kriminalbeamten und des „Verbrechens“ usw.) die spannende Wirkung des Polizei-Propagandafilms erhöhen müssen, ist kein Beweis von der Ueberzeugungsraft der

## „Einwohner von Struppen! Schützt eure Selbstverwaltung!“

So schreibt die SPD in einem Flugblatt. Diese Heuschler, die durch ihre Diktation die Staatsaufsicht bewußt herbeiführen, versuchen die Schuld von sich auf andere abzuwälzen.

Was ist die Wahrheit? Die Bürgermeisterwahl steht nicht erst seit heute und gestern auf der Tagesordnung. Jedes Kind weiß, daß die Pensionierung des am 1. August in den Ruhestand getretenen Bürgermeisters bereits vor Monaten von der Amtshauptmannschaft genehmigt war. Die SPD versuchte damals mit dem von der KPD gestohlenen Mandat, durch das sie die stärkste Fraktion im alten Kollegium geworden war, den Bürgermeisterposten von sich zu befehlen.

Der Volksentscheid hat ihr durch diese Rechnung einen dicken Strich gemacht. Trotzdem die Neuwahl des Gemeindevorstandeskollegiums bereits ausgeschrieben und angezettelt war, versuchte sie die Wahl des Bürgermeisters noch mit dem alten Kollegium durchzusetzen. Dazu war ihnen jedes Mittel recht.

Mit Hilfe des Deutschnationalen Zenths machte sie seinerzeit eine Eingabe an die Amtshauptmannschaft Pirna, in der diese gebittelt wurde, den Bürgermeister Klein seines Postens zu entheben. Sie bezog die Gemeintheit, den Bürgermeister als nicht mehr normal zu bezeichnen. Sie wollte damit erreichen, daß der bei der Einwohnerwahl unähnlichst bekannte Richter, der seinerzeit noch hellrotertreibender Bürgermeister war, mit der Führung der Geschäfte betraut würde.

Richter sollte dann, so hoffte die SPD, die Bürgermeisterwahl noch im alten Gemeindevorstandeskollegium ableiten. Selbst die reaktionäre Amtshauptmannschaft mußte das seinerzeit, da ihr diese Methode ebenfalls erschien, ablehnen.

Die Schiebung klappte also damals nicht ganz. Die Wahl, die mittlerweile erfolgt ist, hat der SPD gezeigt, wie „beliebt“ sie bei den Einwohnern ist. Sie erhielt ganze 215 Stimmen. Die KPD wurde die stärkste Partei am Ort.

Die Mandate hielten sich allerdings trotz erheblichen Vorsprungs der KPD an Stimmen die Waage: SPD 4, KPD 4.

Das neugewählte Kollegium, das nunmehr die Bürgermeisterwahl zu vollziehen hatte, stellte 3 Bewerber in die engere Wahl. Das Stimmresultat war im ersten Wahlgang 5 Stimmen für den Kandidaten der Bürgerlichen, 4 für SPD, 4 für KPD. Da keine der Parteien die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte, mußte das Los entscheiden, wer von den 2 Kandidaten — ob der sozialdemokratische oder kommunistische Kandidat — in die Stichwahl kommen sollte. Es entschied für den Kommunisten. Die SPD verließ hierauf die Sitzung. Sie hatte sich wohl eingebildet, daß sie die Kommunisten damit überzumpeln und in ihrer Abwesenheit dem bürgerlichen Kandidaten zur Wahl verhelfen könne. Auch durch diese Rechnung machte die kommunistische Fraktion, das Spiel der

Wir panzern unser „rotes“ Herz  
wie keinen der Wähler Schmerz  
die gründlich wird betrogen  
wie SPD-magogen.

Wir treiben Schwarzrotgoldne Kunst  
verweht ist nun der blaue Dunst  
den wir dereinst bezogen  
wie SPD-magogen.

Rot-Schwarzrotgold und preußischblau  
bei Nacht sind alle Farben grau  
drum haben wir gelogen  
wie SPD-magogen.

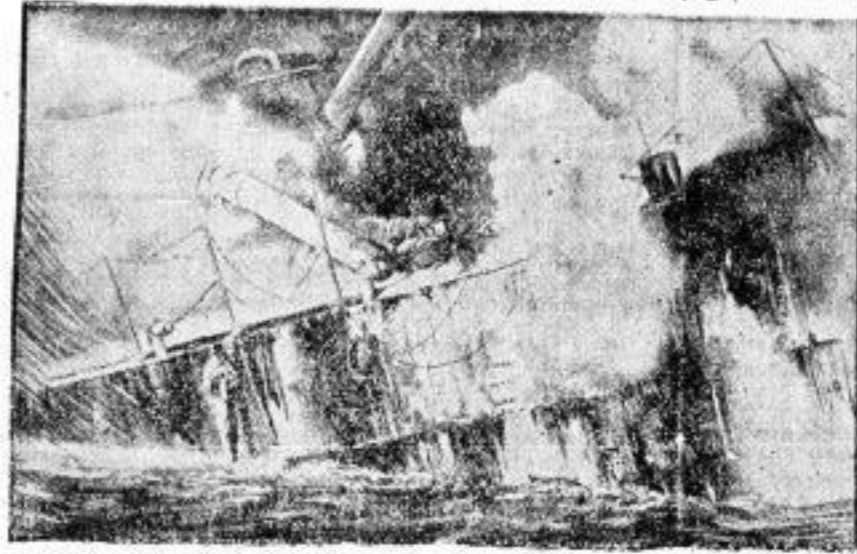
Doch als der Tag jetzt brach herein  
da hört man die Proleten schreien  
„Macht einen großen Bogen  
um SPD-magogen!“

Wir logen, daß die Schwarze Knaut  
der Panzerkreuzer sei versaut.  
Nun machen Lanke... Cogen  
wie SPD-magogen.

Und drücken hier, und drücken da  
wer A bant B, sagt weiter Ja!  
Dem „Voll“ Beruhigungsdrogen  
von SPD-magogen.

Der Reichstag in den Ferien  
drum freie Bahn den Seren  
auf Regio grünen Wogen —  
kraft SPD-magogen.

Wir panzern unser „rotes“ Herz  
und pfeifen auf der Wähler Schmerz  
weil wir an Volksgemeinschaftsbrüsten  
wie SPD-magogen. [logen]



tatsächlichen Arbeit der Polizeibehörden. Dennoch ist der Film gefährlich in seiner Wirkung, weil er ausgezeichnete Schauspieler in seinen Dienst stellt. Leistungen, wie die von Gertons als „Maze“, sind sogar weit über dem guten Durchschnitt, Charakter- und Typenlernen ersten Ranges. Bis auf Rolf v. Götz, dessen junger ungeschickter Liebhaber zu stark aufgetragen war, verhalten dem Film neben Kurt Gerron, Ernst Stahl, Raghbaur, Kris Kampers, Rehtopf, Pohl, Grita Len, Danni Weiss, v. Kewitz, A. Hart und Franz Cornelius zu einem Publikumserfolg. Man sieht schon aus der Aufzählung der Namen, welche Anstrengungen die Polizei zu machen imstande ist, wenn es gilt, durch gute Schauspieler das ramponierte Prestige zu heben. Im Reziprogramm wird unter dem Deckmantel der Propaganda für den Frauensport Reklame für die bürgerlichen Sportverbände gemacht. Außerdem läuft aber auch eine wirklich ausgezeichnete, die Klassenwidersprüche der Gesellschaft parabolisierende omeritanische Grotteske, in der daselbst Kindererlebnisse, das schon im Reziprogramm beim Zade-Coogan-Programm geahnt, den Ton angibt.

# Pk A.

Di—. So konnte es kommen. So würde es kommen. Die Wahldemagogie der Sozialdemokratie war zu offensichtlich. Der Gimpelgang zu sichtbarlich. Der Vogelherd zu deutlich geleimt, als daß die Entwicklung für die KPD nicht von allem Anfang an klar gewesen wäre. Und doch sind neun Millionen auf diesen Leim gegangen. „Wer keine Panzerkreuzer will, wer für Kinderpeinungen ist, wählt Liste 1.“ Und nun müssen diese neun Millionen erleben, wie all diese Besprechungen null und nichtig geworden sind. Ja, wenn sie Augen hätten zu sehen, so würde ihnen deutlich, daß von allem Anfang Betrugsabsicht vorgelegen hat. Und ihre Hoffnungen werden genau so glorreich untergehen, wie jener Panzerkreuzer unter dem Grauen Spee bei den Facklandinseln 1914 unterging. Die Engländer haben daraus einen Kriegsfilm gemacht, der sogar die Anerkennung der deutschen Fachleute findet, denn „die Engländer haben diese Vorgänge mit historischer Treue dargestellt, und wenn auch manches im Film dem deutschen Betrachter nicht recht verständlich ist, weil ihm die englische Einstellung fehlt, so ist der ganze Film doch mehr oder minder ein unverhülltes Lob für die tapferen deutschen Seeleute, die ihr Grab im atlantischen Ozean fanden.“ So solidarisiert sich der deutsche Imperialismus mit dem englischen... auf Kosten der Proleten, die zum Kanonensfutter gerade gut genug sind. Und dazu sind und werden solche Filme gemacht. Das Schlachtschiff geht unter... und der Panzerkreuzer wird gebaut. Diese Tatsache kann keine noch so großmühtige Lautsprecherrede, kein noch so geschickt inszenierter Wahlfilm beleuchten. Größlich-Düsterpotts Erben sehen betrübt wie begossene Kubel umher. Ruh man ihnen also zur Ermunterung ein lockend Würstchen reichen. Und schon kommt das gute Tonpfeifen mit dem lieben Aufhängerchen — heißt er nicht Sieg-Fried — an den Patzschhändchen angeschlossen, wie vom lieben SPD-magogenhimmeln angeleitet und bringt die rosig geforbene Knautwürstchen linksradikaler Phrasologie für die Anhänger der Partei. Nachdem der Panzerkreuzerbau endgültig beschlossene Sache ist, beginnt Tony zu modern. Nachdem man die roten Fahnen bei allen Feiern der Zeitzeit schamhaft verborgen hat und schwarzrotgoldnen nach Wien und Köln jog, mimt man jetzt im linken Lager radikale Entrüstung. Tony „gackelt und speckelt, als ob der Beschluß der SPD-magogischen Minister ein Wunder sei.“

Ein Ei um das andere legt sie in der Volkszeitung, aber es findet alles nur Windbeier — ausgeblasen von Anfang an. Unter dem Schutz dieser „akufischen Sendekulisse“ glauben die sozialdemokratischen Minister weiter bauen zu können. Aber die Massen begreifen und werden sich zu uns finden, die wir den Verrottern die Maske vom Gesicht reißen, um die Zeit reiß zu machen für den letzten Ansturm, hinweg über die SPD-magogen mitten hinein in die Front der Bourgeoisie und dann trotz Panzerkreuzer und Senering-Polizei!

Taumen aufs Angel!  
Knie auf die Brust!

## Kinderwanderungen der Arbeiterhilfe

Die in Hellaun untergebrachten Kinder aus dem Erzgebirge und Vogtland fahren Freitag 14.12 Uhr von Hauptbahnhof ab. Die Tagelinder von Dresden, die in Hellaun untergebracht waren und andere Kinder, die an einer Halbtagswanderung teilnehmen wollen, treffen sich zur Begleitung der abfahrenden Kinder um 13 Uhr auf dem Sternplatz und machen anschließend eine Halbtagswanderung nach Freital.

### Abchluss-Tagewanderungen:

Dresden-Striesen Treffen 7.30 Uhr Barbarosaplatz.  
Dresden-Johannstadt Treffen 8 Uhr Schanienplatz.  
Dresden-Neustadt Treffen 8 Uhr Albertplatz.  
Dresden-Altbau Treffen 8 Uhr Fischholplatz.  
Dresden-Völsau-Cotta Treffen 8 Uhr Dreitalerhof.  
Rückkehr von den Tagewanderungen gegen 21 Uhr. Alle Kinder sollen Frühstück und einen Schlüssel mitbringen.

## Amnestierte sprechen heute in Dobritz

Großer Lichtbildvortrag der KPD im Gasthof Dobritz über „Vorbereitung der chinesischen Konterrevolution“ heute, Donnerstag 20 Uhr Gasthof Dobritz. Ansprachen zweier ehem. politischer Gefangener, die über 7 Jahre deutsche Zuchthausqual hinter sich haben. Eintritt frei!

Dresden-Deuben. Auf nach Leipzig!!! Nicht einträglich genug kann dieser Ruf in diesen Tagen erschallen. Leipzig ist gerüstet, nur noch wenige Stunden trennen uns vom mitteldeutschen Treffen. Keine Minute Zeit, kein Ort, keine Gelegenheit darf versäumt werden, um die Massen aufzurütteln: Fahrt mit nach Leipzig. Demonstriert mit uns gegen Müller und Hindenburg, gegen Panzerkreuzer, gegen den imperialistischen Krieg, für die Herrschaft der Arbeiter und Bauern, für das Bündnis mit Sowjet-Russland. Als letzte Gelegenheit, in letzter Stunde veranstaltet die Schakmientapelle Dresden-Deuben am Freitag den 17. d. M., 18.30 Uhr, am Laubegastplatz ein öffentliches, unentgeltliches Abend-Konzert, bei welchem revolutionäre Märsche und Lieder, sowie kritische Koncertstücke zum Vortrag gebracht werden. Die Kapelle ist eine der spielfähigsten im Gau Ostschlesien, so daß es kein Arbeiter vorläumt sollte, diese Veranstaltung zu besuchen. Ein luxurioser Konzert wird den Anwesenden die Bedeutung des Mitteldeutschen Treffens vor Augen führen. Darum Proleten im Südosten Dresdens heraus zum Abendkonzert und dann: Auf nach Leipzig!!!

## Balalaika-Konzert in Brodowitz

(Arbeiterkorrespondenz)

Dem Wunsche der Einwohner entsprechend, das am 14. Juli in Brodowitz stattgefundene Balalaika-Konzert zu wiederholen, wurde nun am Sonnabend den 11. August entprochen. Punkt 20 Uhr begann das reichhaltige Programm. Wenn schon der erste Konzertabend gut besucht war, reichte die Zahl der Besucher doch bei weitem nicht an die vom Sonnabend heran. Großer Beifall wurde den Spielern, die ihre Instrumente zu beherrschten, zufließen. Den Haupteffekt bildeten die russischen Nationaltänze, von Fel. Sonja Löwenberg, Dresden, ausgeführt. Viele wesenden durch nicht endenmolles Beifall bewiesen, daß sie mit den Leistungen dieser Tänzerin zufrieden waren. Wir wünschen dieser noch sehr jungen Tänzerin, sowie der Balalaika-Kapelle Wolga noch viel solcher Erfolge, wie sie in Brodowitz erzielt wurden. Ein anschließendes Tanzen gestaltete jung und gut gelungener Abend, der allen Besuchern noch lange in Erinnerung bleiben wird.

SPD durchschauend, einen Strich. Der 2. Wahlgang war nunmehr für die Sitzung am Freitag, dem 10. August, vorzuziehen. Hier stellten diese Herren den Antrag, die erste Wahl zu wiederholen, d. h. die 3 in die engere Wahl gestellten Kandidaten, einschließlich des durch das Los gefallenen sozialdemokratischen Kandidaten, nochmals vorzunehmen. Diese Komödie wurde selbstverständlich von unserer Fraktion abgelehnt. Genosse Gruhl gab den 4 sozialdemokratischen Kandidanten im Gemeindevorstandeskollegium die entsprechende Antwort.

### Was will die SPD mit diesem Antrag?

Hat sie ernsthaft daran geglaubt, daß die KPD dieses Theater mitmacht?

Sie will unter allen Umständen den Bürgermeisterposten für ihre Partei retten. Sie hofft, daß das Los doch noch einmal auf ihren Kandidaten fällt. Was aber, wenn das nicht der Fall ist? Will dann die SPD diese Wahl solange wiederholen, bis das Los endlich einmal auf ihren Kandidaten fällt? Die Kommunisten haben als stärkste Partei, nachdem das Los auf ihren Vertreter gefallen ist, gar keine Ursache, solche Komödie mitzumachen. Das weiß die SPD auch ganz genau. Wenn sie trotzdem solche Anträge stellt, so will sie damit nur die Tatsache verschleiern, daß sie

### bewußt die Staatsaufsicht herbeiführt.

In ihrem Haß gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, gegen die KPD, ist sie selbst mit der reaktionären Amtshauptmannschaft einig. Konnten wir an Hand eines Bezirksauswahlsberichts der Amtshauptmannschaft Pirna in Sachen Sportplatzbau bereits Uebereinstimmung zwischen den schwärzesten Reaktionen und der Ortsgröße der SPD in Struppen, dem bekannnten Richter, feststellen, so können wir heute wiederum mitteilen, daß Amtshauptmannschaft und SPD Hand in Hand gehen.

Das ganze traurige Spiel, bei dem die SPD bewußt die Selbstverwaltung der Gemeinde mit Füßen tritt, ist abgefertigt und geschieht im Einverständnis mit der Amtshauptmannschaft. Richter ist, wie wir erfahren, von der Amtshauptmannschaft für den Fall, daß auch in der dritten Sitzung keine Wahl zustande kommt, von dem deutschnationalen Amtshauptmann von Thümmel zur Führung der Geschäfte als Staatskommissar ausgerufen. Fürwahr ein schöner Fall von Einheitsfront.

Deutschnationale und SPD gegen KPD und Selbstverwaltung der Gemeinden.

Sozialdemokratische Arbeiter und Wähler! Wie lange noch wollt ihr euch diesen Stand mit ansehen? Wollt ihr euch weiter im Interesse einzelner bankrotter Ortsgrößen misbrauchen lassen?

Verlangt von euren Vertretern Resignation! Macht Schluss mit der Vabanquopolitik eurer Vertreter!



# Unternehmerrecht in Reinkultur

(Arbeiterkorrespondenz)

Schon wiederholt haben wir das Gebären des Verbandes Herrn (Baugewerksbund Pirna) der Bauarbeiterhaft gegenüber an dieser Stelle gerügt und der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

Dass dieser Herr schon längst nicht mehr die Interessen seiner Bauarbeiter vertreten kann, ist hier hinlänglich bekannt. Die Unzufriedenheit der Bauarbeiter ist schon so groß, daß sich der SPD-Landtagsabgeordnete Schwarz gezwungen sah, selbst in der öffentlichen Landtagsdebatte am 27. September 1927 folgende Feststellungen:

„Dauerlicher Weise haben es die Gewerkschaften (Baugewerksbund Pirna) nicht verstanden, für diese schmutzige, gesundheitschädliche Arbeit einen höheren Lohn als 88 Pf. herauszugeben.“

Obwohl feststand, daß die Unternehmer damals an einem Arbeiter 40—50 Pf. die Stunde verdienten, erklärte Herr hierzu:

„Höherer Lohn für diese wilde Herde sei zum Fenster hinausgeworfenes Geld.“

Organisierte Bauarbeiter, die gegen die offene Interessenvertretung der Unternehmer Sturm liefen, wurden als Delegierte abgelehnt und ausgeschlossen.

Zuletzt führt der Baummeister K. Seidel, Kreital, hier in Pirna Tiefbauarbeiten aus; er hat, wie üblich, sich auch noch hier einen Teil seiner Stammleute mitgebracht, so waren am Anfang nur wenige Pirnaer Bauarbeiter dort tätig. Nur diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß damals der den auswärtigen Arbeiter unbekannt Schwaab, als Delegierter gewählt wurde. Die Belegschaft beträgt gegenwärtig ca. 80 Mann, und machte sich schon aus dem Grunde eine Nach- bzw. Neuwahl der Delegierten erforderlich. Hinzu kommt, daß nun auch die auswärtigen Bauarbeiter die arbeiterfeindliche Einstellung ihres zurzeit noch altsozialistischen Delegierten Schwaab erkannt haben und bei der erforderlichen Nach- bzw. Neuwahl gelassen sind, ihm den wohlverdienten Laufpaß zu geben. Von ca. 80 Mann haben 75 Kollegen unterschrieben, daß sie der Interessenvertretung eines Schwaab überdrüssig, mit einem Klassenverrat nichts gemein haben wollen.

Anstatt die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, denunziert er sie beim Unternehmer, ja er beantragt sogar Entlassung von Familienvätern, die sich seiner Auffassung nicht willenslos unterordnen.

In der Belegschaftsversammlung am 23. Juli wurde schon im Vorfeld des Gewerkschaftsbeamten Herr der Rücktritt des Schwaab gefordert und die Umfassung bzw. Neuwahl verlangt. Die welschenerwartenden „Vorläufer des Sozialismus“ Herr und Schwaab hintertrieben jedoch die Anträge und brachten sie gar nicht zur Abstimmung. Ja, man ging soweit, daß man erklärte: „Hier bestimmen wir und nicht ihr!“ Ein Sturm der Entrüstung ging durch den Saal. Als ein Redner auf die demokratischen Rechte der Arbeiterhaft verwies, erklärte Herr: „Wir sollten doch nicht Schlundrüder treiben mit der Demokratie. Es wäre doch sehr wirklich eine Lust zu leben. Wir hätten doch die Gewerkschaft, den Konsum, die Haushüte und anderes mehr.“

Von Stel erlacht, verlassen die Bauarbeiter die Stätte, wo ein Herr und Schwaab sich als verbende Kraft für den Bauarbeiterbund probieren. Erneute Zusammenkünfte brachten obenerwähnte Unterdrückung und eine erneute Belegschaftsversammlung am 2. August 1928 zustande. Hier wurde Schwaab abgesetzt und neue Delegierte gewählt, unter anderen auch langjährig organisierte Bauarbeiter. Als die Neugewählten bei dem Vertreter der Firma vorstellig wurden, wurde ihnen erklärt: „Wir haben nichts einzuwenden gegen die Entlassung der Belegschaft, nur sollten Anwesenheiten vom Bauarbeiterbund laut Sonderabmachung (?) beigebracht werden.“ Der Bauarbeiterbeamte Herr lehnte die Anwesenheiten natürlich ab. Als die Belegschaft hiervon Kenntnis erhielt, trat sie in einen kurzen Proteststreik ein. Die Belegschaft glaubt aber, daß sie auch noch mit einem Herr fertig wird.

Dieser Vorfall zeigt aber erneut, wie recht die Opposition hat, wenn sie die Belegschaft gewisser „Führer“ als Voraussetzung für die Erreichung anderer großen Ziele erkennt.

Bauarbeiter! Gruppieren euch selber um die Opposition, damit ihr solchen „Ausfallisten“ das schädliche Handwerk legen könnt und damit der Wille der Arbeiter endlich zur Geltung kommt. Weg mit dem Reformismus! Schlag mit der Faust!

**Diploldiswalde.** Am Sonntag den 5. August fand hier eine Antiriegelkundgebung statt, an welcher sich gegen 250 Personen beteiligten. Trotz Einladung der SPD, sowie der Sportvereine waren nur die hiesigen Fußballer, die Elite-Truppe der Arbeit sportler, erschienen. Wie es üblich ist, hatte die SPD ihren Mitgliedern und Sympathisierenden Anträge ausverboten, sich an der Kundgebung zu beteiligen. Nur einige Spitzel hatte sie ausgespielt, um den Verlauf der Kundgebung zu bewahren. In hervorragender Weise hat sich da der „Schmierling“ und „Berichtshatter“ von der „Arbeiterzeitung“ als Schriftführer tätig ist, hervorgetan. Hierzuland zu antworten, erübrigt sich. Von der Bewilligung des Militärzitates, sowie des Bannerkreuzes durch die sozialistische Banntruppe scheint dieser Schmierling nichts zu wissen. Um so mehr aber werden die Arbeiter daran erkennen, welchen Kurs diese „Krieger“ gegen den „Krieg“ in Wahrheit steuern, und sie werden dabei auch zur Erkenntnis kommen, daß nur die kommunistische Partei, die ehrlich den Massen die Kriegsgefahr aufzeigt, um sie zum Kampf zu sammeln, die Organisation ist, die den Krieg gegen den Krieg organisiert.

## 27 Unneftierte wollen mit nach Leipzig fahren

Wer zahlt Fahrgehalt? Spenden erbeten an das Hauptbureau des NSD, Jakobsgasse 15, oder an das Sekretariat der NSD, Wilsdruffer Str. 27, III.

## Vom Tage

Berkehrsunfälle

**Kreital.** Auf der Unteren Dresdner Straße fuhr ein Motorradfahrer, der einem Hunde ausweichen wollte, an die Hausdecke der Wilhelmshöhe Papierhandlung. Die herbeigerufene Polizei brachte den schwerverletzten Führer und seinen Mitfahrer zum Arzt.

**Seidenau.** Auf der Hauptstraße, in der Nähe der Rehrwerfe, wurde ein von Pirna kommender Motorradfahrer, als er wieder umkehrt, von einem in gleicher Richtung fahrenden Motorrad von hinten angefahren. Beide Fahrer erlitten schwere Verletzungen, so daß sie ins Johanniterkrankenhaus gebracht werden mußten.

**Bärenstein.** Hier wurde eine 81 Jahre alte Einwohnerin aus Pauenstein von einem Auto angefahren, wodurch sie schwere Wirbelsäulenverletzungen erlitt; sie wurde in bedenklichem Zustande nach dem Johannstädter Krankenhaus in Dresden gebracht.

Ein Todesurteil in Freiberg

**Freiberg.** Das Schwurgericht Freiberg verurteilte den Zimmermann Arno Paul Christoph aus Prüßen bei Döbeln wegen Mordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Christoph hatte sein neugeborenes Kind durch Eingeben von Jafol getötet. Von der Anklage des versuchten Mordes — er war beschuldigt, versucht zu haben, auch sein zweites Kind zu töten — wurde er freigesprochen.

Wegen Meineids verurteilt

**Freiberg.** Das hiesige Schwurgericht verurteilte die früheren Reichswehrsoldaten Stitz aus Lugau und Mühlstädt aus Hilmobert wegen Meineids bzw. Anstiftung dazu, und zwar Stitz zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis und Mühlstädt zu zwei Jahren Zuchthaus. Mühlstädt hatte den Stitz zur Leistung eines Meineids in einem Unterhaltungsprozeß veranlaßt.

Tragischer Unfall

**Freiberg.** Im Bereiche des Bahnhofes Freiberg ereignete sich am Dienstag ein schwerer Unglücksfall. Ein Bahnwärter blieb beim Überqueren der Gleise in einer Weiche hängen und stürzte. Dabei wurde er von einer ihm entgegenkommenden Lokomotive erfaßt und getötet.

Spinale Kinderlähmung taucht wieder auf

**Baunzen.** In dem benachbarten Großpostwitz ist ein neuer Fall von spinaler Kinderlähmung zu verzeichnen. Es handelt sich um einen zehnjährigen Knaben, dessen Lebererkrankung nach dem Baunzer Stadtkrankenhaus sich notwendig machte. Es ist dies der zweite Fall spinaler Kinderlähmung, von dem die Gemeinde Großpostwitz und dazu das gleiche Haus betroffen worden sind.

# Reisewitzer Bier der gute Trunk

**Ernst Kühn, Installateur**  
Dresden-A. 20, Kolonie 15 / Tel. 46277  
Ausführung sämtl. ins Fach einschlagenden Arbeiten / Gas, Wasser, Heizung u. elektr. Anlagen

**Restaurant z. Börse, Pirna**  
Neue Bewirtung  
Wir empfehlen unsere Lokalitäten mit schönem Vereinsaal zur gefälligen Beantwortung. Kart Jost und Frau.

**Fahrräder**  
Große Auswahl / Billige Preise  
Bequeme Teilzahlung  
W. Kuhnerl, Fahrradfabrik, Pirna  
Reitbahnstraße 26, Ecke Breite Straße

**Tabak - Fabrikate**  
**Emil Küchler**  
Pirna, Breite Straße 8

**Alle Brennmaterialien**  
empfehlen  
**Louis Pütter Nachf.**  
Pirna / am Bahnhof und am Südbahnhof

**Sparwürfel-Zucker**  
bei 5 Pfund  
**Pfd. 34 Pf.**  
6 Prozent Rabatt!  
**Carl Bauch**  
PIRNA / Reitbahnstraße 2

**Fleisch- u. Wurstwaren**  
Robert Glöb, Freiberg  
Berdelsdorfer Straße 53

**Brikette / Holz Kalk / Zement**  
empfehlen  
**MAX MEISSNER, Demitz-Thumitz**

Sie kaufen Sie billig  
**Bopeline**  
für Kleider und Blusen  
Reiter-Zentrale Pirna, Lange Str. 39

**Motorräder**  
**Ardie Mabeco**  
Fahrräder & Nähmaschinen  
Wringmaschinen & Gramophone  
und Zubehör  
Nur erstklassige Marken  
**Emil Burghardt, Pirna**  
Neue Dresdner Straße 2c  
Gegenüber Fleischereibehälter Schuler

**Schuhe**  
werden in allen Farben um- und aufgefärbt  
**Max Schulze, Pirna, Schloßstraße 3**

**Pelz im Sommer?**  
Runter mit dem! Die Haarschneidemaschine kostet nur 3,25, 4.—, 4,75, 5,50 im Stabwarengeschäft **Georg Kittel, Pirna, Schulzengasse, Nähe Markt**

Empfehle sämtliche  
**FLEISCH- UND WURSTWAREN**  
zu den billigsten Tagespreisen  
**Max Voigt, Neu-Graupa**

Alle **Lebensmittel** äußerst billig!  
**Fritz Leuschke**  
Pirna-Copitz  
Pflanzstr. 11

Alle **Lebensmittel** äußerst billig!  
**Fritz Leuschke**  
Pirna-Copitz  
Pflanzstr. 11

**Brauchen Sie Möbel?**  
Großes Lager in Speise-, Herren- und Schlafzimmern, Küchen, Stühlen, Tischen aller Art sowie allen Sorten Einzeilmöbel  
Zahlungserleichterung!  
**Gustav Graf**  
Pirna  
Reitbahnstraße 4

**Lange überlegen**  
heißt sehr oft, den richtigen Zeitpunkt verpassen. Es ist zwecklos  
Reklame ohne Tagespresse zu machen. Benutzen Sie für Ihre Reklame nur die „Arbeiterstimme“

**Warum Frischau-Räder?**  
Weil Qualitätsware, 3 Jahre Gar., süß, preisw., ohne Überpreise, auch auf Teilzahlung  
Weil in der eigen., hochmodernen u. neuzeitlichen Fabrik hergestellt und diese dem Arbeiter-Rad-Bund „Solidarität“ gehört  
**Bei Barzahlung 10 Proz. Rabatt**  
Zubehörtelle bis zu 30 Prozent herabgesetzt  
**Fahrradhaus „Frischau“**  
Filiale Dresden, Könnertstr. 17, am Wettiner Bahnhof  
Fahrradfabrik mit 19 Filialen im Reiche

**Trinkt Reisewitzer Biere**  
**Hermann Graubner**  
Destillation und Likörfabrik  
Telephon Nr. 236 **MEISSEN** Telephon Nr. 236  
Liköre / Fruchtsäfte / Harzer Sauerbrunnen

**Ein-u. Verkauf**  
Kladderkrank, Bücher, Vorkrank, Vertiko, Tüddel, etc. Chaiselazie, Schreibstisch, Fische, Stühle, Spiegel, Küchenschrank, Küchenmaschine, netzt, mit Holz, Federbetten bei  
**Wodtke, Palmstr. 37, pl**  
Eventuell Teilzahlung

**Paßphotos Vergrößerungen**  
**Richard Jähnig**  
Marktstraße 12

**Alle Lebensmittel** äußerst billig  
**Haußwald**  
PIRNA, Markt 16  
6 Prozent Rabatt

**Radeberger Pilsner Felsenkeller Lager**  
in Flaschen und Gebüden liefert frei Haus  
**Paul Müller**  
Bierhandlung  
P.-Copitz-Telephon 452

**Pa. Speisekartoffeln Fettheringe Pucklinge Sauerkraut**  
zu billigen Tagespreisen  
**6% Rabatt**  
**W. Wegert**  
Pirna  
Berbiergasse 3

**Sanitätshaus Frauenhilfe**  
Pflanzstr. 16 (Nähe Kathousplatz)  
**DORA WELLNER**  
kosmetische und sanitäre Artikel

**Gasstätte Zur Krone Meissen**  
Fahrradstr. 53  
hält sich zur Auswahl bestens empfohlen. Ang. Verleumdungen noch frei.  
Otto Bolzmann und Frau

erstklassige **Fahrräder**  
Mäntel  
Schläuche  
Keiten  
Pedale  
Lampen  
sämtl. Fahrrad-Zubehör  
kauft man am besten bei  
**Max Schäfer**  
Pirna, Schloßerg. 3

**Gashaus Alzschella Meissen**  
empfehle sich zur freundlichen Erörterung Angelegenheiten noch bei  
**Max Lohsch**

Die günstige **Einkaufsquelle** für Feinkost  
**Löblauer Feinkosthaus**  
Ecke Malter Straße  
Kesseisdorfer Straße  
**6% Rabatt**

**ANZEIGEN**  
haben den denkbar besten Erfolg in der  
**ARBEITERSTIMME**

**Schatzammer Speisezimmer Terran Zimmer**  
Küchen und einzelebene Reformbetten mit u. ohne Matratzen  
Kinderbetten  
preiswert  
**Kurt Gregor**  
Pirna  
Berbiergasse 14/15

# Die Tagung der Metallarbeiter

Stürmischer Beginn des Verbandstages / Verschärfter Unterdrückungssturz gegen die Opposition / Die Berliner oppositionellen Mandate angefochten

Karlsruhe, den 12. August.  
Am Montag wurde in der hiesigen städtischen Festhalle der Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eröffnet. Das Präsidium sitzt vor einem schwarz-rot-gold umrahmten Hintergrund. Das an die Delegierten verteilte Begrüßungsprogramm steht an jedem Abend einen Bierabend, eine Operettenvorstellung oder ähnliche Vergnügungen vor. Der ganze Donnerstag soll für einen Ausflug nach dem Schwarzwald verwendet werden. Am Begrüßungsabend, am Montag abend, folgt eine Festtagssitzung.

Der erste Benennungstag von Karlsruhe, Schulenburg, eröffnet den Verbandstag mit einer Begrüßungsrede. Er bezeichnet als die wichtigsten Dinge, die der Verbandstag zu erledigen habe: 1. Die Sicherlegung des Verbandsvorstandes nach Berlin und 2. die Einführung der Invalidenversicherung. Der Verbandsvorstand hat dem Verbandstag, die amnestierenden Worte des Bundes, in erster Linie Robert Dörmanns und Alfons Kufes. Er begrüßt die Delegierten, die amnestierenden Worte und die Vertreter ausländischer Verbände. Hier fiel der Zwischenruf: „Wo sind die russischen Kollegen?“ Brandes antwortete darauf, daß nicht die Amsterdamer schuldig seien, wenn man die Russen hier nicht begrüßen konnte. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen läßt Brandes durchblicken, daß ein noch schärferer Kurs gegen die Opposition eingeschlagen werden soll. Bei der Wahl der Mandatsprüfungskommission beanspruchte die SPD-Fraktion sechs Sitze von sieben. Der Antrag der Opposition, wenigstens zwei Oppositionelle in die Kommission zu entsenden, wurde abgelehnt. Die Opposition erhielt nur einen Vertreter. Der badische Innenminister Adam Kemmel, der darauf das Wort erhielt, zog eine Parallele zwischen dem einseitigen Verbandstag in Mannheim, wo die Kampfmethoden noch einfach waren, und heute, heute gehe es um große staatspolitische Probleme. Man sollte nie vergessen, nur das Erreichbare in die Realisation einzustellen. Vom ADBS-Vorstand sprach Hermann Müller, der auch auf die Differenzen zwischen den einzelnen Verbandsleitungen hinweist. Er verteidigt sich gegen die Vorwürfe, daß der ADBS nicht genügend getan habe für die Bildung der Industrieverbände, die nicht nur von kommunistischer Seite erhoben worden seien. Der ADBS habe keine Kommandogewalt und erlaube sie auch nicht. Dann weist Hermann Müller auf den ADBS-Kongress in Hamburg hin und behauptet, daß im heutigen Staat die Gewerkschaften eine veränderte Stellung einnehmen. Das Wichtigste sei heute die Wirtschaftsdemokratie.

Jahresrat vom Kupferindustrie-Verband erklärt, daß in seinem Verband der Wille zum Übertritt noch nicht stark genug sei, um den Übertritt zu ermöglichen. Auch Klee vom Vorstand der Maschinen- und Feiler vertritt, die Instanzen dieses Verbandes zu verteidigen.

Ug. Sekretär der reformistischen Metallarbeiter-Internationale, legt in seiner Begrüßungsrede besonderen Nachdruck auf die Erhaltung des Schlichtungswesens. Er behauptet, das Schlichtungswesen sei für den DAW unentbehrlich. Nach weiteren Begrüßungsreden ausländischer Vertreter erfolgt die Konstituierung des Verbandstages. Die Opposition erhält keinen Vorsitzenden, nur zwei Schriftführer. Entgegen der Praxis bei früheren Verbandstagen wird aber der Opposition nur je ein Vertreter in die verschiedenen Kommissionen zugewiesen, obwohl die oppositionellen Redner sehr scharf gegen diese Vergewaltigung protestieren.

Bei der Festlegung der Tagesordnung beantragt Genosse Niederfirchner, als besonderen Tagesordnungspunkt die Ausschüsse oppositioneller Kollegen und die Demokratie im Verband zu behandeln. Er begründet diesen Antrag mit den zahlreichen Ausschlußverfahren gegen oppositionelle Kollegen und mit der Tatsache, daß dem Verbandstag Anträge vorliegen, die das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder noch weiter einschränken sollen. Wenn der Verband Werkkraft besitzen soll unter den Millionen unorganisierten Metallarbeiter, wenn er es ehrlich meint mit der gemeinsamen Front gegen die Unternehmer, so muß innerhalb des Verbandes die Sicherheit gewahrt werden, daß das Statut nicht willkürlich und aus parteipolitischen Gründen gegen Oppositionelle angewendet wird. Reich, Frankfurt, als Führer der sozialdemokratischen Fraktion, spricht gegen den Antrag Niederfirchner. Genosse König (Opposition), Berlin, begründet den Antrag, die kapitalistische Entmischung und die Streikstrategie des Verbandes als besonderen Punkt zu behandeln. Nachdem Reich und Brümmer, Stuttgart, dagegen gesprochen haben, wird auch dieser Antrag abgelehnt. Selbst ein von SPD-Kollegen in Chemnitz gestellter Antrag, zu „Auswüchsen des Schlichtungswesens“ Stellung zu nehmen, wurde abgelehnt.

Schumann (Opposition) unterstützt den Antrag Niederfirchner. Wenn sogar schon Kollegen ausgeschlossen werden,

well sie als Vertreter einer parlamentarischen Körperschaft eine Arbeiterkonferenz zusammenrufen und sich für deren Interessen einsetzen, wenn langjährige Verbandskollegen ausgeschlossen werden, weil sie, wie in Magdeburg, als kommunistische Stadtverordnete sich für die Unterstützung Streikender einsetzten, wenn man Kollegen ausschließt, wie Lütlich Halle, nur weil diese im Stadtverordnetenparlament einen Antrag auf Unterstützung Streikender gestellt haben, so erfordert das, daß der Verbandstag eine grundsätzliche Stellungnahme zu diesen Dingen herbeiführt. Dies um so mehr, als die Ausschüsse an den Lütlich, Halle, und andere Kollegen von solchen Kollegen gestellt werden, die als Stadtverordnete der SPD jederzeit die von Arbeitenden abgesehenen Steuermittel für bürgerl. Verbände bewilligen, ja, die sogar städtische Mittel für die Juppelin-Gesellschaft spenden, also für die Vorbereitung des imperialistischen Krieges, bewilligt haben. In diesem Moment unterbricht der Vorsitzende Brandes gegen den Protest der Opposition die Ausführungen des Genossen Schumann. Kollege Schumann fährt fort: daß der Metallarbeiterverband eine Organisation sein muß, in der ohne Unterschied der politischen Einstellung alle Metallarbeiter Platz haben müssen, wenn sie bereit sind, gegen das Unternehmertum für die Verbesserung ihrer Lebenslage zu kämpfen. Eine Ge-

## 10 Millionen Tote

sind die Bilanz des 4jährigen Völkermordens. Das Mitteldeutsche Proletariat demonstriert am 18. und 19. August in Leipzig gegen neue imperialistische Kriege. Arbeiter im Betrieb, reiß' dich ein, marschiere mit!

werschaft ist etwas anderes, als eine Partei, und schon Befehl bei diesen Unterschieden unterliegen. Wir appellieren daher an den Verbandstag, diese Dinge eingehend zu behandeln.

Urich, Berlin, hält darauf eine provokatorische Rede gegen die Opposition. Er erklärt, daß er sich nicht deshalb gegen den Antrag Niederfirchner wende, weil er Auseinandersetzungen mit der Opposition ausweichen wolle; im Gegenteil: „Wir suchen diese Auseinandersetzung, um endlich Klarheit in der Organisation zu schaffen.“ Urich macht wieder den plumpen Versuch, eine Gewerkschaft einer Partei gleichzustellen und erklärt dabei, daß er heute mit Ruth Nicker tonform gehe: Wer nicht partiiert, der fliegt! (Große Bewegung, stürmischer Protest bei der Opposition.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Niederfirchner von der sozialdemokratischen Mehrheit abgelehnt.

Einen weichen löstbaren Schritt in der Richtung der völligen Unterdrückung der Opposition machte die Verbandsmehrheit, als sie den Antrag Schumann zur Geschäftsordnung des Verbandstages ablehnte, zu jedem Tagesordnungspunkt den Rednern der Opposition eine verlängerte Redezeit von je 1 Stunde zu bewilligen. Bei allen bisherigen Verbandstagen der Nachkriegszeit war die Selbstverständlichkeit der Opposition gescheitert worden. Diesmal wurde der Antrag abgelehnt und die Opposition förmlich darauf verwiesen, daß ja jeder Diskussionsredner eine Redezeit von 10 Minuten zur Verfügung habe.

In der Nachmittagsitzung gab Nicker, Verhinderer der Mandatsprüfungskommission, unter großer Bewegung des Verbandstages bekannt, daß die 26 Mandate der Berliner Delegierten und ein Reichsmandat bestritten werden. Nicker: „Hört, hört! Unerhört!“ Die Mandatsprüfungskommission habe die Prüfung der Anfechtung noch nicht begonnen. (Wie am letzten Abend bekannt wird, hat aber die Mandatsprüfungskommission bereits das Mandat des oppositionellen Kollegen Klein-Tronenberg für ungültig erklärt, und zwar unter der Behauptung, daß die kommunistische Presse im Reichsmandat Besitz unlauterer Wahlpropaganda getrieben habe.)

Darauf gibt Reichelt den Bericht des Vorstandes. Er verteidigt sich gegen die oppositionelle Kritik wegen der Lohnbewegungen und erklärt sich mit der Mitgliedsentwicklung zufrieden. Um die Unorganisierten zu gewinnen, müsse die Invalidenversicherung eingeführt werden. Dann lobt er das Arbeitslosenversicherungsgesetz und das Arbeitsgerichtsgesetz, er begrüßt das „neue Arbeitsrecht“ insgesamt, und sagt, das Ziel sei heute die wahre Volksmeinung einzufassen. Dann richtet er folgende Drohung an die Opposition: Es sei häufig in den vom Verband organisierten Werberwerbungen die Tätigkeit der Organi-

isationsinstanzen kritisiert worden. Der Verbandsvorstand könne es nicht zulassen, daß in diesen Werberwerbungen über die Verbandsinstanzen losgezogen wird. Wer in Werberwerbungen losgezogen, kann nicht Mitglied der Organisation sein. (Hört, hört! Große Bewegung.) Die Kritik verneine er in die Mitgliederwerbungen, daß auch dort müssen wir von den Mitgliedern verlangen, daß sie ein gewisses Maß nicht übersteuern. Dann verteidigt Reichelt das Schlichtungswesen. Er will nur bestimmte Änderungen herbeigeführt wissen. (Die am Rand der Streikfreiheit nichts ändern. Die Red.) Das Arbeitsministerium sollte eine Schutzwehr für die wirtschaftlich Schwachen sein. Reichelt erklärt, er wisse, daß das Arbeitsministerium das heute nicht ist. Aber man müsse über den Tag hinaussehen. Das Schlichtungswesen könne noch einmal für die Arbeiter von Nutzen sein. (Zuruf des Genossen Schumann: „Auch im kapitalistischen Staat?“) In welchem Grade die Schlichtungswesen sei, daß sich der Staat durch eine friedliche Einwirkung ändern könne, wobei er behauptet, daß auch er unter Umständen das Recht der gewaltsamen Veränderung der Staatsform für sich in Anspruch nehme. (Hört, hört!) Was die Abänderung der Schlichtungsordnung anbelangt, so müsse man auch hier sehr vorsichtig sein. Unter keinen Umständen dürfe man völlige Aufhebung der Schlichtungsordnung verlangen. In der Arbeitszeit verlangt Reichelt vorläufig nur die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Später könne man dann an die 46- oder 48-Stundenwoche denken.

Nachdem er sich noch mit der Illusion der Wirtschaftsdemokratie einverstanden erklärt hatte und andererseits wieder den Kommunisten recht gab, wenn sie feststellen, daß die Unternehmerrückgewinne in den letzten Jahren ganz außerordentlich gestiegen sind, richtete er nochmals eine „Ruhmung“ an die Opposition, worauf er den treffenden Zuruf erntete: „Wer werft ja die Besten heraus!“

Kollege Rose (Opposition) verliest darauf zum Schluß der Nachmittagsitzung noch folgende Erklärung zu dem vorliegenden Begrüßungsprogramm des Verbandstages:

Die unterzeichneten Delegierten halten das vorliegende Begrüßungsprogramm des 18. Verbandstages als ein freies Gewerkschaftswesen. Der Abschluß eines jeden Sitzungstages durch Bierabend und ähnliche Veranstaltungen, die Verzerrung eines ganzen Arbeitstages zur Durchführung eines Ausfluges, läßt dem Verbandstag nicht genügend Zeit, seine Arbeiten mit der nötigen Sorgfalt zu bewältigen, wie es im Interesse der Mitgliedschaft liegen würde. Das vorliegende Begrüßungsprogramm stellt die Tagesordnung des Verbandstages zu einer bloßen Dekoration und Begrüßungsangelegenheit herabwürdigend.

Weiters zu verurteilen ist das Programm des Begrüßungsabends. Nicht allein, daß es einen rein feierlichen Charakter hat und jede proletarische Note bemerkt vermisst, soll an diesem Abend eine Festtagssitzung der kapitalistischen Staatseigentümer, einer Polizei, die wiederum im Wirtschaftsleben gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt worden ist und erst nach wenigen Wochen den feierlichen Abschluß des Staatstages einbringen wird, stattfinden. Deshalb lehnen die unterzeichneten Delegierten die Teilnahme an dem Begrüßungsabend ab.

Die unterzeichneten Delegierten halten fest, daß es sich bei dem vorliegenden Begrüßungsprogramm nicht um den Willkür untergeordneter Verbändeinstanzen, sondern um ein weiteres Feld der wirtschaftlichen und bürgerlichen Einwirkung der Verbändeinstanzen handelt, daß es deren Vertiefung mit dem Nachapparat der herrschenden Klassenklasse besonders drücklich unterbreitet. Darum wollen die unterzeichneten Delegierten die gesamte Mitgliedschaft auf diese veränderte Situation hin und appellieren an alle Metallarbeiter, mitzubedenken, um aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband wieder eine Klassenkampforganisation zu machen.

Während dieser Erklärung kam es zu ununterbrochenen Zwischenrufen und lärmenden Unterbrechungen der getroffenen sozialdemokratischen Mehrheit. Als der Vorsitzende Schulenburg erklärte, daß ja die Polizeipolizei der Polizei des sozialdemokratischen Innenministers Kemmel entnommen und außerdem gewerkschaftlich organisiert sei, fällt der Zwischenruf: „In Wien war die Polizei auch organisiert!“

Man könnte nur wünschen, daß alle Metallarbeiter aus den Betrieben diesen ersten Sitzungstag des Verbandstages erlebt hätten. Viele von ihnen würden doch darüber nachdenken, wofür der Kurs des Verbandes jetzt gesteuert werden soll. Die Verbandsinstanzen und die sozialdemokratische Mehrheit der Delegierten, die meist aus Verbandsangehörigen bestehen, schlagen den rücksichtslossten Kurs gegen die oppositionellen Klassenkollegen ein. Die unerhörte Anfechtung der Berliner Mandate, die Gefahr, daß der Verbandstag selbst weitere Gewaltmaßnahmen beschließt, muß alle Metallarbeiter, insbesondere die Arbeiter der Berliner Metallbetriebe, zur Gegenwehr herausrufen. (Schluß des ersten Verhandlungstages.)

Verantwortliche Redaktoren: Die Innen- und Außenpolitik: Rudolf Krenner; Die Verhältnisse, Gewerkschaften, Sport und Gesundheit: Richard Szengler; für den Journalismus: Arthur Szeregi; für die Redaktion: Dresden: Dresdener Verlagsgesellschaft - Druck: „Venus“, Druckereibetriebe Dresden

### STÄDTE UND JAHRE

Roman aus dem alten Deutschland und dem neuen Rußland von Konstantin Fedin

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Russischen v. Dmitri Umanski

Copyright by Mollat-Verlag, Berlin

(28. Fortsetzung.)  
Und nun mußte die aus dem Schlaf geschreckte, erwachende Stadt in einigen Tagen, in wenigen Stunden das 20. Jahrhundert einholen. Sie mußte es einholen, um ihr mittelalterliches Steingerippe zu erhalten. Alle Zeitungen schrien davon, Morgen- und Abendzeitungen, konservative und sozialdemokratische, liberale, katholische, reiche, arme, große, kleine, solche mit und ohne Leser, illustrierte und Extrablätter, traditionelle, die für Christen, für Hausfrauen, für Dienstboten und für die Herren Offiziere.  
Schon hatte man Berichtzettel an die Grenze geschickt, schon wurde das Erscheinen von Kriegsromanen angezeigt, schon wurden mit fetten Lettern in den ersten Spalten aller Zeitungen der erste Kriegsbericht veröffentlicht, und man las von der Eröffnung der Feindbelagerungen: „Gestern um vier Uhr nachmittags ist unsere Grenzpatrouille unweit der Weiseri Jambor südwestlich von Weh mit einer französischen Aufklärungsabteilung zusammengestoßen und hat diese angegriffen. Die Franzosen mußten nach erfolglosem Feuergefecht die Flucht ergreifen.“  
Oh, oh, sie haben bereits die Flucht ergriffen!  
Oh, sie verstehen nicht ordentlich zu schreien!  
„Haben Sie gelesen?“  
„Haben Sie gehört, wie der französische Spion, als Priester verkleidet ...“  
„Wissen Sie, daß die Russen schon seit langem ...“  
„Oh, wir waren ja viel zu gutmütig und unsere Geduld ...“  
„Man hat ihn verhaftet, und was denken Sie - im Grunde hatte er Propagandabomben versteckt ...“  
„Zum Teufel, er hat aber unserem Kaiser Briefe geschrieben, und dabei ...“  
„Sie hatten einen Hof als gewöhnliche Lehrerin bei sich, und nach der Durchsicht ...“  
„Erbärmliche Feiglinge, sie flüchten schon, wenn sie nur unsere Helme sehen ...“  
„Ich verführe Ihnen, das gutmütigste Aussehen, blaue Augen ...“

„Ich hätte es sofort gewußt ...“  
„Halt! Bleiben Sie stehen!“  
„Extrablatt!“  
„Extra ...“  
„Berichte ...!“  
„Lesen Sie, lesen Sie mal!“  
„Ha ... a ...“  
„Ich hab's Ihnen gesagt, ich hab's doch gesagt ...“  
„Haben Sie gelesen ...“  
„Und Sie?“  
„Und Sie?“  
„Oh, der Feind hat bereits die Flucht ergriffen ...“  
„Ha, die können nicht mal ordentlich schreien!“  
„Heute um fünf Uhr morgens wurde in der Umgegend von Rothe ein junger Mann angehalten, der sich mit dem Namen ...“  
Der Richter hoch auf dem Bock, den Zylinderhut tief in den Nacken geschoben, schwingt in der Luft das Extrablatt. Der Chauffeur, das Lenkrad mit einer Hand haltend, steht mit der anderen das Extrablatt in den Kerkel. Der Schumann entfernt sich auf zehn Schritte von der Straßenzugung, schielt mit einem Auge auf das mit dem Extrablatt bedeckte Fenster. Der Radfahrer läuft, ohne abzusetzen, bei einem stemelosen Zeitungsvorkäufer das Extrablatt. In den Gasthäusern, Weinstuben, Straßenbahnen, über den Köpfen, in den Händen, in den Taschen, auf der Erde, überall Extrablätter, Extrablätter, Extrablätter.  
„Extrablätter!“  
„Extra ...“  
„Ausgaben ...“  
Es ist, als wäre die Stadt mit Wein überschwemmt. Die Menschen schlürfen ihn ein, schwimmen darin, versinken, gehen im Wein unter.  
Kurt knüllt das weiße Stiel Papier mit den großen Buchstaben zu einer Kugel zusammen. Dann fällt er es wieder auseinander, gleitet nochmals mit scharfem Blick über die gut leselichen Zeilen, dann knittert er das Papier wieder zu einem festen Ball zusammen und ruft:  
„Herr Ober!“  
Er zahlt und läuft auf den Stadtplatz hinaus. Dort, im Warm und Behen der trunkenen Stadt, hält er plötzlich mitten auf dem Trottoir inne. Man weicht ihm aus, löst ihn, blüht ihn verwundert an. Er merkt nichts. Er blüht über die Köpfe, Schultern, Hüfte und Regenschirme hinweg, geradeaus vor sich hin in der Richtung seines Weges. Ebenso plötzlich, wie er leuchtend erschienen war, wendet er sich wieder um, überquert den Platz und steigt in die Straßenbahn. Von dem Menschenstrom

auf dem Trottoir reißt sich ein Mensch los und läuft über den Platz. Der Trambahnmagen steht in Bewegung. Der Mensch läuft schneller, springt auf das Trittbrett und tritt in den Wagen. Seine Augen suchen jemand.  
„Kurt!“  
Kurt blickt auf die Straße und knetet mit den Händen das weiße Stiel Papier.  
„Kurt! Kurt! - hast du mich gesehen?“  
Kurt wendet sich um und streckt die Hände in die Hosentaschen. Sein Mund ist zusammengepreßt, seine Augenbrauen sind fest zusammengezogen.  
„Wir haben nichts miteinander zu sprechen!“  
„Kurt -!“  
„Sie hören doch ...“  
Aber der Mensch greift sich an den Kopf und flüstert:  
„Du bist also vor mir davongelaufen?“  
Kurt läßt sich auf die Bank nieder. Seine Lippen zittern, seine Augen röten sich. Blickeicht wird er im nächsten Augenblick lächeln, vielleicht schluchzen, vielleicht aufschreien.  
Aber er spricht im Flüsterton:  
„Ich hasse dich, Andrej - Ich muß dich hasen. Geh von mir. Geh wohl - Geh doch!“  
„Du redest wider deinen Verstand und wider dein Herz!“  
„Wider mein Herz? Mein Herz?“ schreit Kurt und erhebt sich von der Bank. „Geh, ich mich. Wir haben nichts mehr miteinander zu tun. So geh doch - sonst - sonst schreie ich vor dem ganzen Wagen, wer du bist, und du ...“  
„So schrei, schrei doch! Ich mache keinen Schritt ...“  
„Sie stören Aug' in Aug', die Gefährten waren blaß, von Spannung verzehrt, mit Schweiß bedeckt.“  
„Ich warte!“  
Kurt schweigt.  
„Auf Wiedersehen, Kurt. Du wirst dich eines Besseren besinnen, das weiß ich.“  
„Ich bin kein Heuchler. Geh wohl!“ sagt Kurt und wendet sich von Andrej ab.  
Auf der Straße kommt ihm der Zeitungsvorkäufer auf dem Kade entgegen und jetteilt die Stille mit dem heiseren Ruf:  
„Extrablätter!“  
„Extra ...“  
„Berichte ...“  
Die Häuser ringsum sind still und menschenleer. Die Menschen sind ausgegangen; sie sind in das Zentrum der Stadt gegangen, in die Bars, zu den Automaten, in die Redaktionen und Kirchen, sie gehen, laufen, eilen davon, um mit eigenen Augen zu sehen, wie die Stadt, die jahrhundertlang schlummerte, nun in Krieg und Rauch wieder erwacht. (Fortsetzung folgt.)

BLUMEN FÜR FREUD u. LEID G. GÖHLICH'S

Sigarren, Zigaretten, Tabake Willy Straube

Musk- und Tabakwaren GEORG HIPPE

Konditorei Paul Israel

Spezialhaus für Herrenmoden Franz Richter & Sohn

Fleischerei J. Purschwitz

LEBENSMITTEL Schackert

Dampfbackerei Mag. Schreiber

METROPOL-LICHTSPIELE

Kaufhaus Wernicke

Lebensmittel Frau Klemm

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei H. Scheinig

Hotel Deutsches Haus

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Paul Kleinsche

Spezial-Puffgeschäft D. Cielger

KAUFHAUS VOSS

Kolonialwaren / Grünwaren R. FOSMAN

Schokoladen und Süßwaren Käuri Radeberg

Alfred Reischl

Musikhaus Willy Bernicke

FLEISCHEREI SCHIFFNER

Brot- und Weißbäckerei Karl Henschel

Brot- und Weißbäckerei Arthur Wönsch

Kolonialwaren / Antikie H. Zeller

Brot- und Feinbäckerei H. Hüper

Textil-Wagner

UHREN, GOLDWAREN, OPTIK OTTO RICHTER

Konfektionshaus Rudolf Lederer

Subikopf-Schnitt und Pflege

Kohlen Landesprodukte

Fahrräder / Nähmaschinen

Möbel- u. Linoleumhaus

Lebensmittel Erich Werner

Elektro-Ziebel

Vierhandlung Ernst Danneberg

Kolonialwaren Erich Kändler

Schuhhaus Baum

Uhren / Goldwaren / Optik Alfred Weiß

Modenhans Karl Schulze

Fleischerei Mag. Fiegenhals

Schuhhaus Pulsnitzer

Buchhandlung / Buchbinderei

Belwaren, Hüte, Mützen

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Radeberger Fischhalle

Fahrräder / Nähmaschinen

Markt-Drogerie Otto Schumann

Möbelhaus und Werkstätte

WARENHAUS IKENBERG

Eisenhandlung

Nähmaschinen- und Fahrradhaus

Fleischerei Mag. Wesserschmidt

Photohaus Dürr

Schuhhaus Winkler

Delikatessen und Fischwaren

Drogen und Farben

Bathhaus „Schöner Reiter“

Radeberger Seifenfabrik

Herren- und Damenreiser

Lederhandlung

Fahrräder, Kraftfahrzeuge

Erste Radeberger Markthalle

Schuhzentrale Radeberg

Wir empfehlen Euch Goldstern cigarette 4 Pf. Cigarettenfabrik „Türkenperle“, Dresden-N.

Erekl. Herren- u. Damenfahräder

Fleisch- und Wurstwaren

Alpina-Uhren

Radio-Apparate

Drogen- und Farbenhandlung

Kolonialwaren, Spirituosen

Schuhhaus Gebr. Kunze

BRUNO KEMPE

Musikapparate - Platten

Fahrrad-Öl

Reiz- und Ballhaus

Sporthaus Erich Brandt

Schuhhaus Paul Suft

H. Schader

H. Wönsch

Trinkt Meißner Felsenkeller

Fleisch- und Wurstwaren

Fluß- u. Seefisch-Spez.-Geschäft

Emil Behnmann

Fleisch- und Wurstwaren

F. W. Bier

Messow & Waldschmidt

Optiker Wagner

Walter Richter

Herrn-, Damen- und Kinder-Garderobe

Kleider-Winkler

Kaiserbrauerei u. Wanderhelm

Paul Naumann

LINDENGARTEN

ALBERT SCHMIEDGEN

E. Röder

Kurt Fode

Alber Klunker

J. Diederichs

Carl Friedrich & Co.

Carl Schaeffer

Gasthaus u. Fleischerei

Alle Möbel- und Bautischlerarbeiten

DRESDEN-LEUBEN

STEPHENSON-LICHTSPIELE

Robert Müller

WILSDORF

HELLERAU KAHNITZ

LINDENGARTEN

ALBERT SCHMIEDGEN

H. Fleisch- und Wurstw.

KURT BENAD

Trinkt Bier der Kamenzer Brauerei

MAX ZSCHOKKE

Getränke-Industrie B. Zeuner

Butterhandlung Georg Schalltrath

Schnitt- und Kolonialwaren

Ballhaus / Gasthof Meußlitz-Zschachwitz

DRESDEN REICK

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Wäsche, Textilwaren, Strümpfe

Kolonialwaren / Eigene Hauswirtschaft

Fleisch-, Kolonialwaren, Spirituosen

BLASEWITZ

Gasthof zu Blasewitz

Ulwin Neumann

A. Synatzske

Dorrenartikel, Maßschneiderei

Well- und Besenwaren

Genossen!

Emil Russig

Kreuz-Drogerie

KRONE bleibt KRONE

GORKNITZ

Gasthof Gorknitz

DRESDEN REICK

Uhren, Goldwaren, Sprechapparate

Besucht die Bahnhofswirtschaft

Elektr. Anlagen, Beleuchtungskörper

Kaufhaus Reick